

1978	Ausgegeben zu Bonn am 5. September 1978	Nr. 40
------	---	--------

Tag	Inhalt	Seite
30. 8. 78	Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Gaxel/Huppel	1117
30. 8. 78	Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Oldenkott/Oldenkotte	1120
30. 8. 78	Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Beßlinghook/Buurse	1123
24. 8. 78	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentrearbeitsvertrag	1126
24. 8. 78	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen sowie der Gebührenordnung der Europäischen Patentorganisation	1133

Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Gaxel/Huppel

Vom 30. August 1978

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 25. August 1960 zu dem Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (BGBl. 1960 II S. 2181) wird verordnet:

§ 1

Am Grenzübergang Gaxel/Huppel werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung nach Maßgabe der Vereinbarung vom 19. Mai/18. Juli 1978 zusammengelegt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes vom 25. August 1960 auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 30. August 1978

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Manfred Lahnstein

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Fröhlich

Der Bundesminister der Finanzen
III B 8 — Z 1108 (Nie) — 15/78

5300 Bonn 1, den 19. Mai 1978

Seiner Exzellenz
dem Minister der Finanzen
des Königreichs der Niederlande
D e n H a a g

B e t r. : Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze;

h i e r : Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Gaxel/Huppel

Herr Minister!

Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a des oben genannten Abkommens und die Besprechungen zwischen den beteiligten Verwaltungen beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

- | | |
|--|--|
| <p>I.</p> <p>Am Grenzübergang Gaxel/Huppel werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung auf deutschem und niederländischem Gebiet zusammengelegt.</p> | <p>b) von 100 Metern, gemessen in Richtung Winterswijk,</p> <p>jeweils vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße.</p> |
| <p>II.</p> <p>Die Zonen im Sinne des Artikels 3 des Abkommens umfassen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die zur Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen Diensträume und Anlagen einschließlich des Platzes vor dem Dienstgebäude sowie 2. einen Abschnitt der Straße von Vreden nach Winterswijk auf deutschem und niederländischem Gebiet von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung <ol style="list-style-type: none"> a) von 100 Metern, gemessen in Richtung Vreden und | <p>III.</p> <p>Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.</p> <p>IV.</p> <p>Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.</p> |

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Im Auftrag
Hans Hutter

Ministerie van Financiën
 Directoraat-Generaal der Belastingen
 Directie Douane
 Bureau 1

's-Gravenhage, den 18. Juli 1978

Seiner Exzellenz
 dem Minister der Finanzen
 der Bundesrepublik Deutschland
 Graurheindorfer Straße 108
 5300 Bonn 1

Ons kenmerk: 278-12733

Onderwerp: Zusammenlegung der Grenzabfertigung
 an der niederländisch-deutschen Grenze

Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 19. Mai 1978 — III B 8 — Z 1108 (Nie) — 15/78 — zu bestätigen, der wie folgt lautet:

„Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a des oben genannten Abkommens und die Besprechungen zwischen den beteiligten Verwaltungen beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

I.
 Am Grenzübergang Gaxel/Huppel werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung auf deutschem und niederländischem Gebiet zusammengelegt.

II.
 Die Zonen im Sinne des Artikels 3 des Abkommens umfassen:

1. die zur Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen Diensträume und Anlagen einschließlich des Platzes vor dem Dienstgebäude sowie
2. einen Abschnitt der Straße von Vreden nach Winterswijk auf deutschem und niederländischem Gebiet von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung
 - a) von 100 Metern, gemessen in Richtung Vreden und

b) von 100 Metern, gemessen in Richtung Winterswijk,
 jeweils vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße.

III.

Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.

IV.

Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann.“

Ich beehre mich, Ihnen auch im Namen der anderen zuständigen niederländischen Ministerien mitzuteilen, daß ich mit Ihrem Vereinbarungsvorschlag einverstanden bin.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Staatssekretär der Finanzen

Für diesen

Der Generaldirektor der Steuern

C. J. Sleddering

**Verordnung
über die Zusammenlegung der deutschen
und der niederländischen Grenzabfertigung
am Grenzübergang Oldenkott/Oldenkotte**

Vom 30. August 1978

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 25. August 1960 zu dem Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (BGBl. 1960 II S. 2181) wird verordnet:

§ 1

Am Grenzübergang Oldenkott/Oldenkotte werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung nach Maßgabe der Vereinbarung vom 19. Mai/18. Juli 1978 zusammengelegt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes vom 25. August 1960 auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 30. August 1978

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Manfred Lahnstein

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Fröhlich

Der Bundesminister der Finanzen
III B 8 — Z 1108 (Nie) — 15/78

5300 Bonn 1, den 19. Mai 1978

Seiner Exzellenz
dem Minister der Finanzen
des Königreichs der Niederlande
D e n H a a g

B e t r.: Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze;

hier: Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Oldenkott/Oldenkotte

Herr Minister!

Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a des oben genannten Abkommens und die Besprechungen zwischen den beteiligten Verwaltungen beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

- | | |
|--|--|
| <p style="text-align: center;">I.</p> <p>Am Grenzübergang Oldenkott/Oldenkotte werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung auf deutschem und niederländischem Gebiet zusammengelegt.</p> | <p>a) von 50 Metern, gemessen in Richtung Vreden, und</p> <p>b) von 50 Metern, gemessen in Richtung Rekken,</p> <p>jeweils vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße.</p> |
| <p style="text-align: center;">II.</p> <p>Die Zonen im Sinne des Artikels 3 des Abkommens umfassen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die zur Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen Diensträume und Anlagen einschließlich des Platzes vor dem Dienstgebäude auf deutschem Gebiet sowie 2. einen Abschnitt der Straße von Vreden nach Rekken auf deutschem und niederländischem Gebiet von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung | <p style="text-align: center;">III.</p> <p>Die Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.</p> <p style="text-align: center;">IV.</p> <p>Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.</p> |

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Im Auftrag
Hans Hutter

Ministerie van Financiën
 Directoraat-Generaal der Belastingen
 Directie Douane
 Bureau 1

's-Gravenhage, den 18. Juli 1978

Seiner Exzellenz
 dem Minister der Finanzen
 der Bundesrepublik Deutschland
 Graurheindorfer Straße 108
 5300 B o n n 1

Ons kenmerk: 278-12732

Onderwerp: Zusammenlegung der Grenzabfertigung
 an der niederländisch-deutschen Grenze

Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 19. Mai 1978 — III B 8 — Z 1108 (Nie) — 15/78 — zu bestätigen, der wie folgt lautet:

„Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a des oben genannten Abkommens und die Besprechungen zwischen den beteiligten Verwaltungen beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

I.
 Am Grenzübergang Oldenkott/Oldenkotte werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung auf deutschem und niederländischem Gebiet zusammengelegt.

II.
 Die Zonen im Sinne des Artikels 3 des Abkommens umfassen:

1. die zur Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen Diensträume und Anlagen einschließlich des Platzes vor dem Dienstgebäude auf deutschem Gebiet sowie
2. einen Abschnitt der Straße von Vreden nach Rekken auf deutschem und niederländischem Gebiet von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung

- a) von 50 Metern, gemessen in Richtung Vreden, und
- b) von 50 Metern, gemessen in Richtung Rekken, jeweils vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße.

III.
 Die Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.

IV.
 Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann.“

Ich beehre mich, Ihnen auch im Namen der anderen zuständigen niederländischen Ministerien mitzuteilen, daß ich mit Ihrem Vereinbarungsvorschlag einverstanden bin.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Staatssekretär der Finanzen

Für diesen
 Der Generaldirektor der Steuern
 C. J. S l e d d e r i n g

**Verordnung
über die Zusammenlegung der deutschen
und der niederländischen Grenzabfertigung
am Grenzübergang Beßlinghook/Buurse**

Vom 30. August 1978

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 25. August 1960 zu dem Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (BGBl. 1960 II S. 2181) wird verordnet:

§ 1

Am Grenzübergang Beßlinghook/Buurse werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung nach Maßgabe der Vereinbarung vom 19. Mai/18. Juli 1978 zusammengelegt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes vom 25. August 1960 auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 30. August 1978

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Manfred Lahnstein

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Fröhlich

Der Bundesminister der Finanzen
III B 8 — Z 1108 (Nie) — 15/78

5300 Bonn 1, den 19. Mai 1978

Seiner Exzellenz
dem Minister der Finanzen
des Königreichs der Niederlande
D e n H a a g

B e t r . : Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze;

h i e r : Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Beßlinghook/Buurse

Herr Minister!

Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a des oben genannten Abkommens und die Besprechungen zwischen den beteiligten Verwaltungen beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

- | | |
|--|--|
| <p>I.</p> <p>Am Grenzübergang Beßlinghook/Buurse werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung auf deutschem und niederländischem Gebiet zusammengelegt.</p> | <p>a) von 100 Metern, gemessen in Richtung Alstätte, und</p> <p>b) von 50 Metern, gemessen in Richtung Buurse, jeweils vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße.</p> |
| <p>II.</p> <p>Die Zonen im Sinne des Artikels 3 des Abkommens umfassen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die zur Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen Diensträume und Anlagen einschließlich des Platzes vor dem Dienstgebäude auf deutschem Gebiet sowie 2. einen Abschnitt der Straße von Alstätte nach Buurse auf deutschem und niederländischem Gebiet von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung | <p>III.</p> <p>Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.</p> <p>IV.</p> <p>Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.</p> |

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Im Auftrag
Hans Hutter

Ministerie van Financiën
 Directoraat-Generaal der Belastingen
 Directie Douane
 Bureau 1

's-Gravenhage, den 18. Juli 1978

Seiner Exzellenz
 dem Minister der Finanzen
 der Bundesrepublik Deutschland
 Graurheindorfer Straße 108
 5300 B o n n 1

Ons kenmerk: 278-12734

Onderwerp: Zusammenlegung der Grenzabfertigung
 an der niederländisch-deutschen Grenze

Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 19. Mai 1978
 — III B 8 — Z 1108 (Nie) — 15/78 — zu bestätigen, der wie folgt lautet:

„Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a des oben genannten
 Abkommens und die Besprechungen zwischen den beteiligten Verwaltungen
 beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Bundesministers des Innern —
 folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

- | | |
|--|--|
| <p>I.</p> <p>Am Grenzübergang Beßlinghook/Buurse werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung auf deutschem und niederländischem Gebiet zusammengelegt.</p> | <p>a) von 100 Metern, gemessen in Richtung Alstätte, und</p> <p>b) von 50 Metern, gemessen in Richtung Buurse, jeweils vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße.</p> |
| <p>II.</p> <p>Die Zonen im Sinne des Artikels 3 des Abkommens umfassen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die zur Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen Diensträume und Anlagen einschließlich des Platzes vor dem Dienstgebäude auf deutschem Gebiet sowie 2. einen Abschnitt der Straße von Alstätte nach Buurse auf deutschem und niederländischem Gebiet von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung | <p>III.</p> <p>Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.</p> <p>IV.</p> <p>Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.</p> |

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann.“

Ich beehre mich, Ihnen auch im Namen der anderen zuständigen niederländischen Ministerien mitzuteilen, daß ich mit Ihrem Vereinbarungsvorschlag einverstanden bin.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Staatssekretär der Finanzen
 Für diesen
 Der Generaldirektor der Steuern
 C. J. S l e d d e r i n g

**Bekanntmachung
von Änderungen der Ausführungsordnung
zum Patentreueenarbeitsvertrag**

Vom 24. August 1978

Die Versammlung des Verbands für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens hat am 14. April 1978 Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentreueenarbeitsvertrag vom 19. Juni 1970 (BGBl. 1976 II S. 649, 664, 721) beschlossen. Die Änderungen werden auf Grund des Artikels X Nr. 2 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. II S. 649) nachstehend bekanntgemacht.

Bonn, den 24. August 1978

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung
Erkel

**Änderungen der Ausführungsordnung
zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet des Patentwesens
(PCT)**

gemäß Beschluß der Versammlung des Verbands für die internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet des Patentwesens vom 14. April 1978

**Amendments to the Regulations
under the Patent Cooperation Treaty
(PCT)**

Adopted by the Assembly of the International Patent
Cooperation (PCT) Union on April 14, 1978

**Modifications du règlement d'exécution
du Traité de coopération en matière de brevets
(PCT)**

Adoptées par l'Assemblée de l'Union internationale de coopération
en matière de brevets (Union PCT), le 14 avril 1978

(Übersetzung)

Table of Amendments	Liste des modifications	Liste der Änderungen
Rule 4.4(c) Amended	Règle 4.4.c) modifiée	Regel 4.4 Absatz c Geändert
Rule 4.10(d) Amended	Règle 4.10.d) modifiée	Regel 4.10 Absatz d Geändert
Rule 11.6(a) Amended	Règle 11.6.a) modifiée	Regel 11.6 Absatz a Geändert
Rule 11.6(b) Amended	Règle 11.6.b) modifiée	Regel 11.6 Absatz b Geändert
Rule 11.13(a) Amended	Règle 11.13.a) modifiée	Regel 11.13 Absatz a Geändert
Rule 15.2(a) Amended	Règle 15.2.a) modifiée	Regel 15.2 Absatz a Geändert
Rule 15.2(b) Amended	Règle 15.2.b) modifiée	Regel 15.2 Absatz b Geändert
Rule 32 ^{bis} .1 New rule added	Règle 32 ^{bis} .1 nouvelle règle	Regel 32 ^{bis} .1 .. Neue Regel eingefügt
Rule 48.2(a) Amended	Règle 48.2.a) modifiée	Regel 48.2 Absatz a Geändert
Rule 48.3(c) Amended	Règle 48.3.c) modifiée	Regel 48.3 Absatz c Geändert
Rule 57.2(a) Amended	Règle 57.2.a) modifiée	Regel 57.2 Absatz a Geändert
Rule 57.2(b) Amended	Règle 57.2.b) modifiée	Regel 57.2 Absatz b Geändert
Rule 58.2 New rule added	Règle 58.2 nouvelle règle	Regel 58.2 Neue Regel eingefügt
Rule 58.3 New rule added	Règle 58.3 nouvelle règle	Regel 58.3 Neue Regel eingefügt
Rule 61.1(b) Amended	Règle 61.1.b) modifiée	Regel 61.1 Absatz b Geändert
Rule 74 ^{bis} .1 New rule added	Règle 74 ^{bis} .1 nouvelle règle	Regel 74 ^{bis} .1 .. Neue Regel eingefügt
Rule 86.3(a) Amended	Règle 86.3.a) modifiée	Regel 86.3 Absatz a Geändert
Rule 86.3(b) New rule added	Règle 86.3.b) nouvelle règle	Regel 86.3 Absatz b .. Neue Regel eingefügt
Rule 86.4(a) Amended	Règle 86.4.a) modifiée	Regel 86.4 Absatz a Geändert
Rule 86.4(b) New rule added	Règle 86.4.b) nouvelle règle	Regel 86.4 Absatz b .. Neue Regel eingefügt

Rule 4	Règle 4	Regel 4
The Request Contents	Requête (contenu)	Der Antrag (Inhalt)
<p>4.4 Names and Addresses</p> <p>(c) Addresses shall be indicated in such a way as to satisfy the customary requirements for prompt postal delivery at the indicated address and, in any case, shall consist of all the relevant administrative units up to, and including, the house number, if any. Where the national law of the designated State does not require the indication of the house number, failure to indicate such number shall have no effect in that State. It is recommended to indicate any telegraphic and teleprinter address and telephone number.</p> <p>4.10 Priority Claim</p> <p>(d) If the filing date of the earlier application as indicated in the request does not fall within the period of one year preceding the international filing date, the receiving Office, or, if the receiving Office has failed to do so, the International Bureau, shall invite the applicant to ask either for the cancellation of the declaration made under Article 8 (1) or, if the date of the earlier application was indicated erroneously, for the correction of the date so indicated. If the applicant fails to act accordingly within 1 month from the date of the invitation, the declaration made under Article 8 (1) shall be cancelled ex officio. The receiving Office effecting the correction or cancellation shall notify the applicant accordingly and, if copies of the international application have already been sent to the International Bureau and the International Searching Authority, that Bureau and that Authority. If the correction or cancellation is effected by the International Bureau, the latter shall notify the applicant and the International Searching Authority accordingly.</p>	<p>4.4 Noms et adresses</p> <p>c) Les adresses doivent être indiquées selon les exigences usuelles en vue d'une distribution postale rapide à l'adresse indiquée et, en tout cas, doivent comprendre toutes les unités administratives pertinentes jusques et y compris le numéro de la maison, s'il y en a un. Lorsque la législation nationale de l'Etat désigné n'exige pas l'indication du numéro de la maison, le fait de ne pas indiquer ce numéro n'a pas d'effet dans cet Etat. Il est recommandé de mentionner l'adresse télégraphique et de télécopieur et le numéro de téléphone éventuels.</p> <p>4.10 Revendication de priorité</p> <p>d) Si la date du dépôt de la demande antérieure, telle qu'elle est indiquée dans la requête, ne tombe pas dans la période d'un an qui précède la date du dépôt international, l'office récepteur ou, à défaut, le Bureau international invite le déposant soit à annuler la déclaration présentée selon l'article 8.1), soit, si la date de la demande antérieure a été indiquée d'une façon erronée, à corriger la date ainsi indiquée. Si le déposant n'agit pas en conséquence dans un délai d'un mois à compter de cette invitation, la déclaration visée à l'article 8.1) est annulée d'office. L'office récepteur effectuant la correction ou l'annulation la notifie au déposant; si des exemplaires ou des copies de la demande internationale ont déjà été adressés au Bureau international et à l'administration chargée de la recherche internationale, cette notification est également faite audit Bureau et à ladite administration. Si la correction ou l'annulation est effectuée par le Bureau international, ce dernier notifie ce fait au déposant et à l'administration chargée de la recherche internationale.</p>	<p>4.4 Namen und Anschriften</p> <p>c) Anschriften sind in der Weise anzugeben, daß die üblichen Anforderungen für eine zuverlässige Postzustellung auf Grund der angegebenen Anschrift erfüllt sind, und müssen jedenfalls alle maßgeblichen Verwaltungseinheiten, bis zur Hausnummer (falls vorhanden) einschließlich, enthalten. Fordert das nationale Recht des Bestimmungsstaats die Angabe der Hausnummer nicht, so hat die Nichtangabe der Nummer in diesem Staat keine Folgen. Es wird empfohlen, eine Telegramm- und Fernschreiberanschrift und die Telefonnummer ebenfalls anzugeben.</p> <p>4.10 Prioritätsanspruch</p> <p>d) Fällt das im Antrag angegebene Datum der früheren Anmeldung in einen Zeitraum von mehr als einem Jahr vor dem internationalen Anmeldedatum, so fordert das Anmeldeamt, oder, wenn das Anmeldeamt dies unterlassen hat, das Internationale Büro den Anmelder auf, entweder die Streichung der Erklärung nach Artikel 8 Absatz 1 zu beantragen oder im Falle eines Irrtums bei der Angabe des Datums der früheren Anmeldung das angegebene Datum zu berichtigen. Entspricht der Anmelder dieser Aufforderung nicht innerhalb eines Monats, so wird die Erklärung nach Artikel 8 Absatz 1 von Amts wegen gelöscht. Das Anmeldeamt unterrichtet den Anmelder und, falls Exemplare der internationalen Anmeldung bereits dem Internationalen Büro oder der Internationalen Recherchenbehörde übersandt worden sind, auch das Büro und die Behörde von der von ihm vorgenommenen Berichtigung oder Löschung. Wird die Berichtigung oder die Löschung vom Internationalen Büro vorgenommen, so benachrichtigt dieses den Anmelder und die Internationale Recherchenbehörde entsprechend.</p>
Rule 11	Règle 11	Regel 11
Physical Requirements of the International Application	Conditions matérielles de la demande internationale	Bestimmungen über die äußere Form der internationalen Anmeldung
<p>11.6 Margins</p> <p>(a) The minimum margins of the sheets containing the request, the description, the claims, and the abstract, shall be as follows:</p> <ul style="list-style-type: none"> — top: 2 cm — left side: 2.5 cm — right side: 2 cm — bottom: 2 cm 	<p>11.6 Marges</p> <p>a) Les marges minimales des feuilles contenant la requête, la description, les revendications et l'abrégé doivent être les suivantes:</p> <ul style="list-style-type: none"> — marge du haut: 2 cm. — marge de gauche: 2,5 cm. — marge de droite: 2 cm. — marge du bas: 2 cm. 	<p>11.6 Ränder</p> <p>a) Als Mindestränder sind auf den Blättern des Antrags, der Beschreibung, der Ansprüche und der Zusammenfassung folgende Flächen unbeschriftet zu lassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Oberrand: 2 cm — Linker Seitenrand: 2,5 cm — Rechter Seitenrand: 2 cm — Unterer Rand: 2 cm

(b) The recommended maximum, for the margins provided for in paragraph (a), is as follows:

- top: 4 cm
- left side: 4 cm
- right side: 3 cm
- bottom: 3 cm

11.13 Special Requirements for Drawings

(a) Drawings shall be executed in durable, black, sufficiently dense and dark, uniformly thick and well-defined, lines and strokes without colorings.

b) Le maximum recommandé, pour les marges visées à l'alinéa a), est le suivant:

- marge du haut : 4 cm.
- marge de gauche : 4 cm.
- marge de droite : 3 cm.
- marge du bas : 3 cm.

11.13 Conditions spéciales pour les dessins

a) Les dessins doivent être exécutés en lignes et traits durables, noirs, suffisamment denses et foncés, uniformément épais et bien délimités, sans couleurs ni lavis.

b) Die empfohlenen Höchstmaße für die Ränder gemäß Absatz a sind folgende:

- Oberrand: 4 cm
- Linker Seitenrand: 4 cm
- Rechter Seitenrand: 3 cm
- Unterer Rand: 3 cm

11.13 Besondere Bestimmungen für Zeichnungen

a) Zeichnungen sind in widerstandsfähigen, schwarzen, ausreichend festen und dunklen, in sich gleichmäßig starken und klaren Linien oder Strichen ohne Farben auszuführen.

Rule 15

The International Fee

15.2 Amounts

(a) The amount of the basic fee shall be:

- (i) if the international application contains not more than 30 sheets: US \$ 165.00 or 300 Swiss francs,
- (ii) if the international application contains more than 30 sheets: US \$ 165.00 or 300 Swiss francs plus US \$ 3.00 or 6 Swiss francs per sheet in excess of 30 sheets.

(b) The amount of the designation fee for each designated State or each group of designated States for which the same regional patent is sought shall be: US \$ 40.00 or 80 Swiss francs.

Rule 32bis

Withdrawal of the Priority Claim

32bis.1 Withdrawals

(a) The applicant may withdraw the priority claim made in the international application under Article 8 (1) at any time before the international publication of the international application.

(b) Where the international application contains more than one priority claim, the applicant may exercise the right provided for in paragraph (a) in respect of one or more or all of them.

(c) Where the withdrawal of the priority claim, or, in the case of more than one such claim, the withdrawal of any of them, causes a change in the priority date of the international application, any time limit which is computed from the original priority date and which has not already expired shall be computed from the priority date resulting from that change. In the case of the time limit of 18 months referred to in Article 21 (2) (a), the

Règle 15

Taxe internationale

15.2 Montants

a) Le montant de la taxe de base est de:

- i) si la demande internationale ne comporte pas plus de trente feuilles: 165 dollars E.U. ou 300 francs suisses;
- ii) si la demande internationale comporte plus de trente feuilles: 165 dollars E.U. ou 300 francs suisses, plus 3 dollars E.U. ou 6 francs suisses par feuille à compter de la trente et unième.

b) Le montant de la taxe de désignation est de 40 dollars E.U. ou 80 francs suisses pour chaque État désigné ou chaque groupe d'États désignés pour lesquels le même brevet régional est demandé.

Règle 32bis

Retrait de la revendication de priorité

32bis.1 Retraits

a) Le déposant peut retirer la revendication de priorité faite dans la demande internationale selon l'article 8.1) jusqu'à la publication internationale de la demande internationale.

b) Lorsque la demande internationale contient plus d'une revendication de priorité, le déposant peut exercer le droit prévu à l'alinéa a) à l'égard de l'une, de plusieurs ou de la totalité desdites revendications.

c) Lorsque le retrait de la revendication de priorité ou bien, s'il y a plus d'une revendication, le retrait de l'une d'entre elles entraîne une modification de la date de priorité de la demande internationale, tout délai calculé à partir de la date de priorité initiale qui n'a pas encore expiré est calculé à partir de la date de priorité résultant de la modification. Dans le cas du délai de 18 mois mentionné à l'article 21.2) a), le Bureau international peut

Regel 15

Die internationale Gebühr

15.2 Beträge

a) Die Grundgebühr beträgt:

- i) falls die Anmeldung nicht mehr als 30 Blatt enthält: 165 US-Dollar oder 300 Schweizer Franken,
- ii) falls die Anmeldung mehr als 30 Blatt enthält: 165 US-Dollar oder 300 Schweizer Franken sowie 3 US-Dollar oder 6 Schweizer Franken für jedes 30 Blätter übersteigende Blatt.

b) Die Bestimmungsg Gebühr beträgt für jeden Bestimmungsstaat oder jede Gruppe von Bestimmungsstaaten, für die um das gleiche regionale Patent nachgesucht wird: 40 US-Dollar oder 80 Schweizer Franken.

Regel 32bis

Zurücknahme des Prioritätsanspruchs

32bis.1 Zurücknahmen

a) Der Anmelder kann den in der internationalen Anmeldung gemäß Artikel 8 Absatz 1 geltend gemachten Prioritätsanspruch jederzeit vor Veröffentlichung der internationalen Anmeldung zurücknehmen.

b) Enthält die internationale Anmeldung mehr als einen Prioritätsanspruch, so kann der Anmelder das in Absatz a vorgesehene Recht für einen oder mehrere oder für alle Prioritätsansprüche ausüben.

c) Führt die Zurücknahme des Prioritätsanspruchs oder, bei mehr als einem Prioritätsanspruch, die Zurücknahme eines von ihnen, zu einer Änderung des Prioritätsdatums der internationalen Anmeldung, so wird jede auf Grund des ursprünglichen Prioritätsdatums berechnete und noch nicht abgelaufene Frist von dem sich aus der Änderung ergebenden Prioritätsdatum an berechnet. Im Falle der Frist von 18 Monaten gemäß Artikel 21

International Bureau may nevertheless proceed with the international publication on the basis of the said time limit as computed from the original priority date if the withdrawal is effected during the period of 15 days preceding the expiration of that time limit.

(d) For any withdrawal under paragraph (a), the provisions of Rule 32.1 (c) and (d) and Rule 74^{bis.1} shall apply mutatis mutandis.

néanmoins procéder à la publication internationale sur la base dudit délai calculé à partir de la date de priorité initiale si le retrait est effectué dans les 15 jours qui précèdent l'expiration de ce délai.

d) Pour tout retrait prévu à l'alinéa a), les dispositions de la règle 32.1 c) et d) et de la règle 74^{bis.1} s'appliquent mutatis mutandis.

Absatz 2 Buchstabe a kann das Internationale Büro dessen ungeachtet die internationale Veröffentlichung auf der Grundlage dieser von dem ursprünglichen Prioritätsdatum an berechneten Frist vornehmen, wenn die Zurücknahme innerhalb eines Zeitraums von 15 Tagen vor Ablauf der genannten Frist erfolgt ist.

d) Für Zurücknahmen gemäß Absatz a finden die Bestimmungen der Regel 32.1 Absätze c und d und der Regel 74^{bis.1} entsprechende Anwendung.

Rule 48

International Publication

48.2 Contents

- (a) The pamphlet shall contain:
- (i) a standardized front page,
 - (ii) the description,
 - (iii) the claims,
 - (iv) the drawings, if any,
 - (v) subject to paragraph (g), the international search report or the declaration under Article 17 (2) (a); the publication of the international search report in the pamphlet shall, however, not be required to include the part of the international search report which contains only matter referred to in Rule 43 already appearing on the front page of the pamphlet,
 - (vi) any statement filed under Article 19 (1), unless the International Bureau finds that the statement does not comply with the provisions of Rule 46.4.

48.3 Language

(c) If the international application is published in a language other than English, the international search report to the extent that it is published under Rule 48.2 (a) (v), or the declaration referred to in Article 17 (2) (a), and the abstract shall be published both in that language and in English. The translations shall be prepared under the responsibility of the International Bureau.

Rule 57

The Handling Fee

57.2 Amount

(a) The amount of the handling fee shall be US \$ 50.00 or 96 Swiss francs augmented by as many times the same amount as the number of lan-

Règle 48

Publication internationale

48.2 Contenu

- a) La brochure contient:
- i) une page normalisée de couverture;
 - ii) la description;
 - iii) les revendications;
 - iv) les dessins, s'il y en a;
 - v) sous réserve de l'alinéa g), le rapport de recherche internationale ou la déclaration mentionnée à l'article 17.2) a); la publication du rapport de recherche internationale dans la brochure ne doit cependant pas obligatoirement comprendre la partie du rapport de recherche internationale qui contient seulement les éléments visés à la règle 43 et figurant déjà sur la page de couverture de la brochure;
 - vi) toute déclaration déposée selon l'article 19.1), sauf si le Bureau international considère que la déclaration n'est pas conforme aux dispositions de la règle 46.4.

48.3 Langues

c) Si la demande internationale est publiée dans une langue autre que l'anglais, le rapport de recherche internationale, dans la mesure où il est publié selon la règle 48.2 a) v), ou la déclaration visée à l'article 17.2) a), et l'abrégé sont publiés dans cette autre langue et en anglais. Les traductions sont préparées sous la responsabilité du Bureau international.

Règle 57

Taxe de traitement

57.2 Montant

a) Le montant de la taxe de traitement est de 50 dollars E.U. ou 96 francs suisses, augmentés d'autant de fois ce montant qu'il y a de langues

Regel 48

Internationale Veröffentlichung

48.2 Inhalt

- a) Die Schrift enthält:
- i) einen normierten Kopfbogen,
 - ii) die Beschreibung,
 - iii) die Ansprüche,
 - iv) die Zeichnungen falls vorhanden,
 - v) vorbehaltlich des Absatzes g den internationalen Recherchenbericht oder die Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a; bei der Veröffentlichung des internationalen Recherchenberichts in der Schrift ist jedoch die Aufnahme des Teils des internationalen Recherchenberichts, der nur Gegenstände nach Regel 43 enthält und bereits auf der Titelseite der Schrift erscheint, nicht erforderlich,
 - vi) jede Erklärung nach Artikel 19 Absatz 1, sofern das Internationale Büro nicht zu dem Ergebnis gelangt, daß die Erklärung die Erfordernisse der Regel 46.4 nicht erfüllt.

48.3 Sprache

c) Wird die internationale Anmeldung in einer anderen Sprache als der englischen veröffentlicht, so werden der internationale Recherchenbericht, soweit er gemäß Regel 48.2 Absatz a Ziffer v veröffentlicht wird, oder die Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a und die Zusammenfassung sowohl in dieser als auch in englischer Sprache veröffentlicht. Die Übersetzungen werden unter der Verantwortung des Internationalen Büros angefertigt.

Regel 57

Bearbeitungsgebühr

57.2 Betrag

a) Die Bearbeitungsgebühr beträgt 50 US-Dollar oder 96 Schweizer Franken; sie erhöht sich um jeweils den gleichen Betrag für jede Sprache, in

guages into which the international preliminary examination report must, in application of Article 36 (2), be translated by the International Bureau.

(b) Where, because of a later election or elections, the international preliminary examination report must, in application of Article 36 (2), be translated by the International Bureau into one or more additional languages, a supplement to the handling fee shall be payable and shall amount to US \$ 50.00 or 96 Swiss francs for each additional language.

Rule 58

The Preliminary Examination Fee

58.2 Failure to pay

(a) Where the preliminary examination fee fixed by the International Preliminary Examining Authority under Rule 58.1 (b) is not paid as required under that Rule, the International Preliminary Examining Authority shall invite the applicant to pay the fee or the missing part thereof within one month from the date of the invitation.

(b) If the applicant complies with the invitation within the prescribed time limit, the preliminary examination fee will be considered as if it had been paid on the due date.

(c) If the applicant does not comply with the invitation within the prescribed time limit, the demand shall be considered as if it had not been submitted.

58.3 Refund

The International Preliminary Examining Authorities shall inform the International Bureau of the extent, if any, to which, and the conditions, if any, under which, they will refund any amount paid as a preliminary examination fee where the demand is considered as if it had not been submitted under Rule 57.4 (c), Rule 58.2 (c) or Rule 60.1 (c), and the International Bureau shall promptly publish such information.

Rule 61

Notification of the Demand and Elections

61.1 Notifications to the International Bureau, the Applicant, and the International Preliminary Examining Authority

dans lesquelles le rapport d'examen préliminaire international doit, en application de l'article 36.2), être traduit par le Bureau international.

b) Lorsque, en raison d'une élection ultérieure ou d'élections ultérieures, le rapport d'examen préliminaire international doit, en application de l'article 36.2), être traduit par le Bureau international en une ou plusieurs langues additionnelles, un supplément à la taxe de traitement, d'un montant de 50 dollars E.U. ou 96 francs suisses par langue additionnelle, doit être payé.

Règle 58

Taxe d'examen préliminaire

58.2 Défaut de paiement

a) Lorsque la taxe d'examen préliminaire fixée par l'administration chargée de l'examen préliminaire international selon la règle 58.1 b) n'est pas payée comme l'exige cette règle, l'administration chargée de l'examen préliminaire international invite le déposant à payer la taxe ou la fraction manquante de celle-ci dans un délai d'un mois à compter de la date de l'invitation.

b) Si le déposant donne suite à l'invitation dans le délai fixé, tout montant versé à titre de taxe d'examen préliminaire est considéré comme payé en temps voulu.

c) Si le déposant ne donne pas suite à l'invitation dans le délai fixé, la demande d'examen préliminaire international est considérée comme n'ayant pas été présentée.

58.3 Remboursement

Les administrations chargées de l'examen préliminaire international informent le Bureau international de la mesure et des conditions dans lesquelles, le cas échéant, elles rembourseront tout montant versé à titre de taxe d'examen préliminaire si la demande d'examen préliminaire international est considérée comme n'ayant pas été présentée selon la règle 57.4 c), 58.2 c) ou 60.1 c) et le Bureau international publie sans tarder ces indications.

Règle 61

Notification de la demande d'examen préliminaire international et des élections

61.1 Notifications au Bureau international, au déposant et à l'administration chargée de l'examen préliminaire international

die der internationale vorläufige Prüfungsbericht vom Internationalen Büro gemäß Artikel 36 Absatz 2 übersetzt werden muß.

b) Muß der internationale vorläufige Prüfungsbericht wegen nachträglicher Auswahlerklärungen vom Internationalen Büro gemäß Artikel 36 Absatz 2 in eine oder mehrere zusätzliche Sprachen übersetzt werden, so ist eine zusätzliche Bearbeitungsgebühr in Höhe von 50 US-Dollar oder 96 Schweizer Franken für jede zusätzliche Sprache zu zahlen.

Regel 58

Gebühr für die vorläufige Prüfung

58.2 Zahlungsver säumnis

a) Wird die von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde gemäß Regel 58.1 Absatz b festgesetzte Gebühr für die vorläufige Prüfung nicht wie in dieser Regel vorgeschrieben entrichtet, so fordert die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder auf, die Gebühr oder den fehlenden Gebührenteil innerhalb eines Monats vom Datum der Aufforderung zu entrichten.

b) Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt die Gebühr für die vorläufige Prüfung als rechtzeitig bezahlt.

c) Kommt der Anmelder der Aufforderung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt der Antrag als nicht gestellt.

58.3 Rückerstattung

Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden unterrichten das Internationale Büro gegebenenfalls von dem Umfang und den Bedingungen, zu denen sie einen als Gebühr für die internationale vorläufige Prüfung einbezahlten Betrag zurückerstatten, wenn der Antrag gemäß Regel 57.4 Absatz c, Regel 58.2 Absatz c oder Regel 60.1 Absatz c als nicht gestellt gilt, und das Internationale Büro veröffentlicht diese Angaben unverzüglich.

Regel 61

Mitteilung über den Antrag und die Auswahlerklärung

61.1 Mitteilungen an das Internationale Büro, den Anmelder und die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

(b) The International Preliminary Examining Authority shall promptly inform the applicant in writing of the date of receipt of the demand. Where the demand has been considered under Rules 57.4 (c), 58.2 (c) or 60.1 (c) as if it had not been submitted, the International Preliminary Examining Authority shall notify the applicant accordingly.

b) L'administration chargée de l'examen préliminaire international informe par écrit, à bref délai, le déposant de la date de réception de la demande d'examen préliminaire international. Lorsque cette demande est considérée, conformément aux règles 57.4 c), 58.2 c) ou 60.1 c), n'avoir pas été présentée, cette administration le notifie au déposant.

b) Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde unterrichtet den Anmelder unverzüglich und schriftlich über das Eingangsdatum des Antrags. Gilt der Antrag nach den Regeln 57.4 Absatz c, 58.2 Absatz c oder 60.1 Absatz c als nicht eingereicht, so unterrichtet die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder entsprechend.

Rule 74^{bis}

Notification of Withdrawal under Rule 32

74^{bis}.1 Notification of the International Preliminary Examining Authority

If, at the time of the withdrawal of the international application or of the designation of all designated States under Rule 32.1, a demand for international preliminary examination has already been submitted and the international preliminary examination report has not yet issued, the International Bureau shall promptly notify the fact of withdrawal, together with the date of receipt of the notice effecting withdrawal, to the International Preliminary Examining Authority.

Règle 74^{bis}

Notification d'un retrait selon la règle 32

74^{bis}.1 Notification à l'administration chargée de l'examen préliminaire international

Si, au moment du retrait de la demande internationale ou de la désignation de tous les États désignés selon la règle 32.1, une demande d'examen préliminaire international a déjà été déposée et que le rapport d'examen préliminaire international n'a pas encore été établi, le Bureau international notifie sans tarder ce retrait ainsi que la date de réception de la notice de retrait à l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

Regel 74^{bis}

Benachrichtigung über die Zurücknahme gemäß Regel 32

74^{bis}.1 Benachrichtigung der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde

Liegt im Zeitpunkt der Zurücknahme der internationalen Anmeldung oder der Bestimmung sämtlicher Bestimmungsstaaten gemäß Regel 32.1 bereits ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung vor, ohne daß der internationale vorläufige Prüfungsbericht erstellt wurde, so unterrichtet das Internationale Büro die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde unverzüglich von der Tatsache der Zurücknahme sowie von dem Eingangsdatum der Zurücknahmeerklärung.

Rule 86

The Gazette

86.3 Frequency

(a) Subject to paragraph (b), the Gazette shall be published once a week.

(b) For a transitional period after the entry into force of the Treaty terminating upon a date fixed by the Assembly, the Gazette may be published at such times as the Director General considers appropriate having regard to the number of international applications and the amount of other material required to be published.

86.4 Sale

(a) Subject to paragraph (b), the subscription and other sale prices of the Gazette shall be fixed in the Administrative Instructions.

(b) For a transitional period after the entry into force of the Treaty terminating upon a date fixed by the Assembly, the Gazette may be distributed on such terms as the Director General considers appropriate having regard to the number of international applications and the amount of other material published therein.

Règle 86

Gazette

86.3 Périodicité

a) Sous réserve de l'alinéa b), la gazette est publiée une fois par semaine.

b) Pendant une période transitoire consécutive à l'entrée en vigueur du traité et prenant fin à une date fixée par l'Assemblée, la gazette peut être publiée lorsque le Directeur général le juge opportun compte tenu du nombre des demandes internationales et de la quantité d'autres textes à publier.

86.4 Vente

a) Sous réserve de l'alinéa b), les prix de l'abonnement et des autres ventes de la gazette sont fixés dans les instructions administratives.

b) Pendant une période transitoire consécutive à l'entrée en vigueur du traité et prenant fin à une date fixée par l'Assemblée, la gazette peut être diffusée dans les conditions que le Directeur général juge opportunes compte tenu du nombre des demandes internationales et de la quantité d'autres textes qui y sont publiés.

Regel 86

Blatt

86.3 Erscheinensfolge

a) Vorbehaltlich des Absatzes b erscheint das Blatt wöchentlich einmal.

b) Während einer Übergangszeit nach Inkrafttreten des Vertrags bis zu einem von der Versammlung festgesetzten Zeitpunkt kann das Blatt in Zeitabständen veröffentlicht werden, die der Generaldirektor unter Berücksichtigung der Anzahl der internationalen Anmeldungen und der übrigen zu veröffentlichenden Texte für angemessen erachtet.

86.4 Verkauf

a) Vorbehaltlich des Absatzes b werden der Abonnementspreis und andere Verkaufspreise des Blattes in den Verwaltungsrichtlinien festgesetzt.

b) Während einer Übergangszeit nach Inkrafttreten des Vertrags bis zu einem von der Versammlung festgesetzten Zeitpunkt kann das Blatt zu den Bedingungen vertrieben werden, die der Generaldirektor unter Berücksichtigung der Anzahl der internationalen Anmeldungen und der übrigen zu veröffentlichenden Texte für angemessen erachtet.

**Bekanntmachung
von Änderungen der Ausführungsordnung
zum Europäischen Patentübereinkommen
sowie der Gebührenordnung
der Europäischen Patentorganisation**

Vom 24. August 1978

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation hat

- am 20. Oktober 1977 und am 24. Februar 1978 Änderungen der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen vom 5. Oktober 1973 (BGBl. 1976 II S. 649, 826, 915) beschlossen,
- am 20. Oktober 1977 die Gebührenordnung nach Artikel 33 Abs. 2 Buchstabe d des Europäischen Patentübereinkommens erlassen.

Die Änderungen der Ausführungsordnung sowie die Gebührenordnung werden auf Grund des Artikels X Nr. 1 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. II S. 649) nachstehend bekanntgemacht.

Bonn, den 24. August 1978

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung
Erkel

Beschluß
zur Änderung der Ausführungsordnung
zum Europäischen Patentübereinkommen

Decision
amending the Implementing Regulations
to the European Patent Convention

Decision
modifiant le règlement d'exécution
de la Convention sur le brevet européen

DER VERWALTUNGSRAT DER
EUROPÄISCHEN PATENTORGANI-
SATION —

GESTUTZT auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b,

IN DER ERWAGUNG, daß es auf Grund der Arbeiten zur Vorbereitung des Inkrafttretens des Übereinkommens erforderlich ist, die Ausführungsordnung zum Übereinkommen (nachstehend „Ausführungsordnung“ genannt) zu ändern und zu ergänzen,

BESCHLIESST:

Artikel 1

Regel 2 Absatz 6 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Erklärungen der Bediensteten des Europäischen Patentamts, der Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen in einem mündlichen Verfahren, die in einer Amtssprache des Europäischen Patentamts abgegeben werden, werden in dieser Sprache in die Niederschrift aufgenommen. Erklärungen in einer anderen Sprache werden in der Amtssprache aufgenommen, in die sie übersetzt worden sind. Änderungen des Textes der Beschreibung und der Patentansprüche der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents werden in der Verfahrenssprache oder, wenn diese geändert worden ist, in der ursprünglichen Verfahrenssprache in die Niederschrift aufgenommen.“

Artikel 2

Regel 6 Absatz 1 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Die in Artikel 14 Absatz 2 vorgeschriebene Übersetzung ist innerhalb von drei Monaten nach Einreichung

THE ADMINISTRATIVE COUNCIL
OF THE EUROPEAN PATENT OR-
GANISATION,

HAVING REGARD to the European Patent Convention (hereinafter referred to as the "Convention"), and in particular Article 33, paragraph 1 (b), thereof,

WHEREAS, on the basis of the preparations for the entry into force of the Convention, amendments and additions are required to the Implementing Regulations to the Convention (hereinafter referred to as the "Implementing Regulations"),

HAS DECIDED AS FOLLOWS:

Article 1

The following text shall be substituted for Rule 2, paragraph 6, of the Implementing Regulations:

"Statements by employees of the European Patent Office, by parties to the proceedings and by witnesses and experts, made in one of the official languages of the European Patent Office during oral proceedings shall be entered in the minutes in the language employed. Statements made in any other language shall be entered in the official language into which they are translated. Amendments to the text of the description or claims of a European patent application or European patent shall be entered in the minutes in the language of the proceedings or, where the latter has been changed, in the initial language of the proceedings."

Article 2

The following text shall be substituted for Rule 6, paragraph 1, of the Implementing Regulations:

"The translation referred to in Article 14, paragraph 2, must be filed within three months after the filing of

LE CONSEIL D'ADMINISTRATION
DE L'ORGANISATION EUROPEENNE
DES BREVETS,

VU la Convention sur le brevet européen (ci-après dénommée la Convention), et notamment son article 33, paragraphe 1, lettre b),

CONSIDERANT, sur la base des travaux préparatoires à l'entrée en vigueur de la Convention, qu'il y a lieu d'amender et de compléter le règlement d'exécution de la Convention (ci-après dénommé le règlement d'exécution),

DECIDE:

Article premier

Le paragraphe 6 de la règle 2 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Les interventions des agents de l'Office européen des brevets, des parties à la procédure, des témoins et experts, faites au cours d'une procédure orale dans l'une des langues officielles de cet Office, sont consignées au procès-verbal dans la langue utilisée. Les interventions faites dans une autre langue sont consignées dans la langue officielle dans laquelle elles sont traduites. Les modifications du texte de la description ou des revendications de la demande de brevet européen ou du brevet européen sont consignées au procès-verbal dans la langue de la procédure ou, lorsque celle-ci a été changée, dans la langue initiale de la procédure.»

Article 2

Le paragraphe 1 de la règle 6 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«La traduction visée à l'article 14, paragraphe 2 doit être produite dans un délai de trois mois à compter du

der europäischen Patentanmeldung einzureichen, jedoch nicht später als dreizehn Monate nach dem Prioritätstag. Betrifft die Übersetzung jedoch eine europäische Teilanmeldung oder die in Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe b vorgesehene neue europäische Patentanmeldung, so darf sie innerhalb eines Monats nach Einreichung dieser Anmeldung vorgelegt werden.“

Artikel 3

Regel 28 Absatz 3 der Ausführungsordnung wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„Vor der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung ist die hinterlegte Kultur jedermann, der das Recht auf Akteneinsicht nach Artikel 128 Absatz 2 hat, auf Antrag unter denselben Bedingungen zugänglich.“

Artikel 4

Regel 31 Absatz 3 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Wird die Anspruchsgebühr für einen Patentanspruch nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt dies als Verzicht auf diesen Patentanspruch. Eine fällig gewordene Anspruchsgebühr, die entrichtet worden ist, wird nur im Fall des Artikels 77 Absatz 5 zurückgezahlt.“

Artikel 5

Regel 36 Absätze 1 und 2 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„(1) Die Regeln 27, 29 und 32 bis 35 sind auf Schriftstücke, die die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung ersetzen, anzuwenden. Die Regel 35 Absätze 2 bis 14 ist ferner auf die in der Regel 51 Absatz 4 genannten Übersetzungen der Patentansprüche anzuwenden.“

(2) Alle anderen als die in Absatz 1 Satz 1 genannten Schriftstücke sollen mit Maschine geschrieben oder gedruckt sein. Auf jedem Blatt ist links ein etwa 2,5 cm breiter Rand freizulassen.“

Artikel 6

1. Regel 37 der Ausführungsordnung wird durch einen neuen Absatz 2 a ergänzt, der wie folgt lautet:

„Die Zuschlagsgebühr gilt im Sinne des Artikels 86 Absatz 2 als gleichzeitig mit der Jahresgebühr entrichtet, wenn sie innerhalb der in dieser Vorschrift vorgeschriebenen Frist entrichtet wird.“

the European patent application, but no later than thirteen months after the date of priority. Nevertheless, if the translation concerns a European divisional application or a new European patent application under Article 61, paragraph 1 (b), the translation may be filed at any time within one month of the filing of such application.“

Article 3

The following sub-paragraph shall be added to Rule 28, paragraph 3, of the Implementing Regulations:

“Prior to the publication of the application the culture deposited shall be available, under the same conditions, upon the request of any person having the right to inspect the file under the provisions of Article 128, paragraph 2.“

Article 4

The following text shall be substituted for Rule 31, paragraph 3, of the Implementing Regulations:

“If the claims fee for any claim is not paid in due time, the claim concerned shall be deemed to be abandoned. Any claims fee duly paid shall be refunded only in the case referred to in Article 77, paragraph 5.“

Article 5

The following text shall be substituted for Rule 36, paragraphs 1 and 2, of the Implementing Regulations:

“(1) The provisions of Rules 27, 29 and 32 to 35 shall apply to documents replacing documents making up the European patent application. Rule 35, paragraphs 2 to 14 shall also apply to the translation of the claims referred to in Rule 51, paragraph 4.“

(2) All documents other than those referred to in the first sentence of paragraph 1 shall normally be typewritten or printed. There must be a margin of about 2.5 cm on the left-hand side of each page.“

Article 6

1. The following new paragraph 2 a shall be added to Rule 37 of the Implementing Regulations:

“An additional fee shall be deemed to have been paid at the same time as the renewal fee within the meaning of Article 86, paragraph 2, if it is paid within the period laid down in that provision.“

dépôt de la demande de brevet européen et, en tout état de cause, avant l'expiration d'un délai de treize mois à compter de la date de priorité. Cependant, lorsque la traduction concerne une demande divisionnaire européenne ou la nouvelle demande de brevet européen prévue à l'article 61, paragraphe 1, lettre b), elle peut être produite dans un délai d'un mois à compter du dépôt de cette demande.“

Article 3

Le paragraphe 3 de la règle 28 du règlement d'exécution est complété par l'alinéa suivant:

«Avant le jour de la publication de la demande de brevet européen, la culture est accessible, dans les mêmes conditions, à toute personne ayant le droit de consulter le dossier en application des dispositions de l'article 128, paragraphe 2.»

Article 4

Le paragraphe 3 de la règle 31 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«En cas de défaut de paiement dans les délais de la taxe de revendication afférente à une revendication, le demandeur est réputé avoir abandonné cette revendication. Toute taxe de revendication exigible et acquittée n'est pas remboursée, sauf dans le cas visé à l'article 77, paragraphe 5.»

Article 5

Les paragraphes 1 et 2 de la règle 36 du règlement d'exécution sont remplacés par les textes suivants:

«(1) Les dispositions des règles 27, 29 et 32 à 35 s'appliquent aux documents remplaçant des pièces de la demande de brevet européen. Les dispositions de la règle 35, paragraphes 2 à 14, s'appliquent en outre aux traductions des revendications visées à la règle 51, paragraphe 4.“

(2) Tous documents autres que ceux visés au paragraphe 1, première phrase, doivent, en principe, être dactylographiés ou imprimés. Une marge d'environ 2,5 cm doit être réservée sur le côté gauche de la feuille.»

Article 6

1. La règle 37 du règlement d'exécution est complétée par un nouveau paragraphe 2^{bis} dont le texte est le suivant:

«Au sens de l'article 86, paragraphe 2, la surtaxe est considérée comme ayant fait l'objet d'un paiement simultané lorsqu'elle est acquittée dans le délai prévu par ladite disposition.»

2. Regel 37 Absatz 3 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Die für eine europäische Teilanmeldung nach Artikel 86 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 76 Absatz 1 Satz 2 fälligen Jahresgebühren sind innerhalb von vier Monaten nach ihrer Einreichung zu entrichten. Absatz 2 und Artikel 86 Absätze 2 und 3 sind anzuwenden.“

Artikel 7

- Regel 38 Absatz 4 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Ist eine Übersetzung der früheren Anmeldung in einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts erforderlich, so muß die Übersetzung innerhalb von einundzwanzig Monaten nach dem Prioritätstag eingereicht werden.“

Artikel 8

- Regel 41 Absatz 1 Satz 1 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Werden auf Grund der in Artikel 91 Absatz 1 Buchstaben a bis d vorgeschriebenen Prüfung Mängel der europäischen Patentanmeldung festgestellt, so teilt die Eingangsstelle dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, die Mängel innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist zu beseitigen.“

Artikel 9

- Regel 44 Absatz 5 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Der europäische Recherchenbericht wird in der Verfahrenssprache oder, wenn die Verfahrenssprache geändert worden ist, in der ursprünglichen Verfahrenssprache abgefaßt.“

Artikel 10

- Regel 46 Absatz 1 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Entspricht die europäische Patentanmeldung nach Auffassung der Recherchenabteilung nicht den Anforderungen an die Einheitlichkeit der Erfindung, so erstellt sie einen teilweisen europäischen Recherchenbericht für die Teile der Anmeldung, die sich auf die zuerst in den Patentansprüchen erwähnte Erfindung oder Gruppe von Erfindungen im Sinne des Artikels 82 beziehen. Sie teilt dem Anmelder mit, daß für jede weitere Erfindung innerhalb einer von der Recherchenabteilung zu bestimmenden Frist, die nicht kürzer als zwei Wochen sein und sechs Wochen nicht übersteigen darf, eine weitere Recherchengebühr zu entrichten ist, wenn

2. The following text shall be substituted for Rule 37, paragraph 3, of the Implementing Regulations:

“Renewal fees for a European divisional application already due pursuant to Article 86, paragraph 1, in combination with Article 76, paragraph 1, second sentence, must be paid within four months of the filing of such application. Paragraph 2 and Article 86, paragraphs 2 and 3, shall apply.“

Article 7

- The following text shall be substituted for Rule 38, paragraph 4, of the Implementing Regulations:

“Where a translation of the previous application into one of the official languages of the European Patent Office is required, the translation must be filed within twenty-one months after the date of priority.“

Article 8

- The following text shall be substituted for Rule 41, paragraph 1, first sentence, of the Implementing Regulations:

“If the examination provided for in Article 91, paragraph 1 (a) to (d), reveals deficiencies in the European patent application, the Receiving Section shall inform the applicant accordingly and invite him to remedy the deficiencies within such period as it shall specify.“

Article 9

- The following text shall be substituted for Rule 44, paragraph 5, of the Implementing Regulations:

“The European search report shall be drawn up in the language of the proceedings or, where the language of the proceedings has been changed, in the initial language of the proceedings.“

Article 10

- The following text shall be substituted for Rule 46, paragraph 1, of the Implementing Regulations:

“If the Search Division considers that the European patent application does not comply with the requirement of unity of invention, it shall draw up a partial European search report on those parts of the European patent application which relate to the invention, or the group of inventions within the meaning of Article 82, first mentioned in the claims. It shall inform the applicant that if the European search report is to cover the other inventions, a further search fee must be paid, for each invention involved, within a period to be fixed by the Search Division which must not be shorter than two weeks and must not exceed six weeks. The Search Divi-

2. Le paragraphe 3 de la règle 37 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«La taxe annuelle qui serait exigible en vertu de l'article 86, paragraphe 1, en liaison avec l'article 76, paragraphe 1, dernière phrase, pour une demande divisionnaire de brevet européen doit être acquittée dans les quatre mois du dépôt de cette demande. Le paragraphe 2 et l'article 86, paragraphes 2 et 3 sont applicables.»

Article 7

- Le paragraphe 4 de la règle 38 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Si une traduction de la demande antérieure dans l'une des langues officielles de l'Office européen des brevets est requise, cette traduction doit être produite dans un délai de vingt et un mois à compter de la date de priorité.»

Article 8

- La première phrase du paragraphe 1 de la règle 41 du règlement d'exécution est remplacée par le texte suivant:

«Si l'examen prévu à l'article 91, paragraphe 1, lettres a) à d), fait apparaître des irrégularités dans la demande de brevet européen, la section de dépôt le signale au demandeur et l'invite à remédier à ces irrégularités dans le délai qu'elle lui impartit.»

Article 9

- Le paragraphe 5 de la règle 44 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Le rapport de recherche européenne est rédigé dans la langue de la procédure ou, si celle-ci a été changée, dans la langue initiale de la procédure.»

Article 10

- Le paragraphe 1 de la règle 46 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Si la division de la recherche estime que la demande de brevet européen ne satisfait pas à l'exigence concernant l'unité d'invention, elle établit un rapport partiel de recherche européenne pour les parties de la demande de brevet européen qui se rapportent à l'invention ou à la pluralité d'inventions au sens de l'article 82, mentionnée en premier lieu dans les revendications. Elle notifie au demandeur que si le rapport de recherche européenne doit couvrir les autres inventions, une nouvelle taxe de recherche doit être acquittée pour chaque invention concernée dans un délai qu'elle lui impartit et qui ne peut être inférieur à deux semaines ni supérieur à six

der europäische Recherchenbericht diese Erfindungen erfassen soll. Die Recherchenabteilung erstellt den europäischen Recherchenbericht für die Teile der Anmeldung, die sich auf die Erfindungen beziehen, für die Recherchegebühren entrichtet worden sind."

Artikel 11

Regel 51 Absatz 4 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Bevor die Prüfungsabteilung die Erteilung des europäischen Patents beschließt, teilt sie dem Anmelder mit, in welcher Fassung sie das europäische Patent zu erteilen beabsichtigt, und fordert ihn auf, innerhalb von drei Monaten die Erteilungsgebühr und die Druckkostengebühr zu entrichten, sowie eine Übersetzung der Patentansprüche in den beiden Amtssprachen des Europäischen Patentamts einzureichen, die nicht die Verfahrenssprache oder, wenn diese geändert worden ist, nicht die ursprüngliche Verfahrenssprache sind. Teilt der Anmelder innerhalb dieser Frist mit, daß er mit der Erteilung des europäischen Patents in der vorgesehenen Fassung nicht einverstanden ist, so gilt die Mitteilung der Prüfungsabteilung als nicht erfolgt; die Prüfung wird fortgesetzt.“

Artikel 12

Regel 56 Absatz 2 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Stellt die Einspruchsabteilung fest, daß der Einspruch anderen als den in Absatz 1 bezeichneten Vorschriften nicht entspricht, so teilt sie dies dem Antragsteller mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist die festgestellten Mängel zu beseitigen. Werden die Mängel nicht rechtzeitig beseitigt, so verwirft die Einspruchsabteilung den Einspruch als unzulässig.“

Artikel 13

Regel 58 Absatz 5 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Ist ein Beteiligter mit der von der Einspruchsabteilung mitgeteilten Fassung nicht einverstanden, so kann das Einspruchsverfahren fortgesetzt werden; andernfalls fordert die Einspruchsabteilung den Patentinhaber nach Ablauf der in Absatz 4 genannten Frist auf, innerhalb von drei Monaten die Druckkostengebühr für eine neue europäische Patentschrift zu entrichten und eine Übersetzung der geänderten Patentansprüche in den beiden Amtssprachen des Europäischen Patentamts einzureichen, die nicht die Verfahrenssprache oder, wenn diese geändert worden ist, nicht die ursprüngliche Verfahrenssprache sind.“

sion shall draw up the European search report for those parts of the European patent application which relate to inventions in respect of which search fees have been paid.“

Article 11

The following text shall be substituted for Rule 51, paragraph 4, of the Implementing Regulations:

“Before the Examining Division decides to grant the European patent, it shall inform the applicant of the text in which it intends to grant it, and shall request him to pay within three months the fees for grant and printing and to file a translation of the claims in the two official languages of the European Patent Office other than the language of the proceedings or, where the latter has been changed, other than the initial language of the proceedings. If the applicant has communicated his disapproval of the patent being granted on the basis of this text within that period, the communication of the Examining Division shall be deemed not to have been made, and the examination shall be resumed.“

Article 12

The following text shall be substituted for Rule 56, paragraph 2, of the Implementing Regulations:

“If the Opposition Division notes that the notice of opposition does not comply with provisions other than those mentioned in paragraph 1, it shall communicate this to the opponent and shall invite him to remedy the deficiencies noted within such period as it may specify. If the notice of opposition is not corrected in good time the Opposition Division shall reject it as inadmissible.“

Article 13

The following text shall be substituted for Rule 58, paragraph 5, of the Implementing Regulations:

“If disapproval of the text communicated by the Opposition Division is expressed, examination of the opposition may be continued; otherwise, the Opposition Division shall, on expiry of the period referred to in paragraph 4 request the proprietor of the patent to pay, within three months, the fee for the printing of a new specification of the European patent and to file a translation of any amended claims in the two official languages of the European Patent Office other than the language of the proceedings or, where the latter has been changed, other than the initial language of the proceedings.“

semaines. La division de la recherche établit le rapport de recherche européenne pour les parties de la demande de brevet européen qui se rapportent aux inventions pour lesquelles les taxes de recherche ont été acquittées.»

Article 11

Le paragraphe 4 de la règle 51 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Avant de prendre la décision de délivrer le brevet européen, la division d'examen notifie au demandeur le texte dans lequel elle envisage de délivrer le brevet européen et l'invite à acquitter dans un délai de trois mois les taxes de délivrance et d'impression et à produire une traduction des revendications dans les deux langues officielles de l'Office européen des brevets autres que celle de la procédure ou, si celle-ci a été changée, autres que la langue initiale de la procédure. Si, dans ledit délai, le demandeur a marqué son désaccord sur la délivrance du brevet européen dans ce texte, la notification de la division d'examen est réputée n'avoir pas été faite et l'examen est repris.»

Article 12

Le paragraphe 2 de la règle 56 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Si la division d'opposition constate que l'opposition n'est pas conforme aux dispositions autres que celles prévues au paragraphe 1, elle le notifie à l'opposant et l'invite à remédier aux irrégularités constatées, dans un délai qu'elle lui impartit. Si l'acte d'opposition n'est pas régularisé dans les délais, la division d'opposition rejette l'opposition comme irrecevable.»

Article 13

Le paragraphe 5 de la règle 58 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«En cas de désaccord sur le texte notifié par la division d'opposition, l'examen de l'opposition peut être poursuivi; dans le cas contraire, la division d'opposition, à l'expiration du délai visé au paragraphe 4, invite le titulaire du brevet européen à acquitter dans un délai de trois mois la taxe d'impression d'un nouveau fascicule du brevet européen et à produire une traduction des revendications modifiées dans les deux langues officielles de l'Office européen des brevets autres que celle de la procédure ou, si celle-ci a été changée, autres que la langue initiale de la procédure.»

Artikel 14

In die Ausführungsordnung wird eine neue Regel 61 a aufgenommen, die wie folgt lautet:

„Regel 61 a

Unterlagen im Einspruchsverfahren

Die Vorschriften von Kapitel II des Dritten Teils der Ausführungsordnung sind auf die im Einspruchsverfahren eingereichten Unterlagen entsprechend anzuwenden.“

Artikel 15

In die Ausführungsordnung wird eine neue Regel 62 a aufgenommen, die wie folgt lautet:

„Regel 62 a

Neue Urkunde
über das europäische Patent

Regel 54 ist auf die neue europäische Patentschrift entsprechend anzuwenden.“

Artikel 16

Der deutsche Text der Regel 90 Absatz 1 Buchstabe c der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„im Fall des Todes oder der fehlenden Geschäftsfähigkeit des Vertreters des Anmelders oder Patentinhabers.“

Artikel 17

1. Regel 92 Absatz 1 Buchstabe f der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Name, Vornamen, Anschrift, Staat des Wohnsitzes oder Sitzes des Anmelders oder Patentinhabers;“

2. Regel 92 Absatz 1 Buchstabe h der Ausführungsordnung wird durch folgenden Text ergänzt:

„im Fall mehrerer Vertreter werden nur Name, Vornamen und Geschäftsanschrift des zuerst genannten Vertreters gefolgt von den Worten „und Partner“ eingetragen; im Fall eines Zusammenschlusses von Vertretern nach Regel 101 Absatz 9 werden nur Name und Anschrift des Zusammenschlusses eingetragen;“

Artikel 18

Regel 94 Absatz 2 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Die Akteneinsicht wird in den Dienstgebäuden des Europäischen Patentamts und, solange sich die Akte gemäß einem im Rahmen des Zentralisierungsprotokolls geschlossenen Ab-

Article 14

The following new Rule 61 a shall be inserted in the Implementing Regulations:

"Rule 61 a

Documents in opposition proceedings

Part III, Chapter II, of the Implementing Regulations shall apply mutatis mutandis to documents filed in opposition proceedings.“

Article 15

The following new Rule 62 a shall be inserted in the Implementing Regulations:

"Rule 62 a

New certificate for a European patent

Rule 54 shall apply mutatis mutandis to the new specification of the European patent.“

Article 16

The following text shall be substituted for Rule 90, paragraph 1 (c), in the German version of the Implementing Regulations:

„im Fall des Todes oder der fehlenden Geschäftsfähigkeit des Vertreters des Anmelders oder Patentinhabers.“

Article 17

1. The following text shall be substituted for Rule 92, paragraph 1 (f), of the Implementing Regulations:

„family name, given names, address and the State in which the residence or principal place of business of the applicant for or proprietor of the European patent is located;“

2. The following text shall be added to Rule 92, paragraph 1 (h), of the Implementing Regulations:

„in the case of several representatives only the family name, given names and address of the place of business of the representative first named, followed by the words "and others", shall be entered; however, in the case of an association referred to in Rule 101, paragraph 9, only the name and address of the association shall be entered;“

Article 18

The following text shall be substituted for Rule 94, paragraph 2, of the Implementing Regulations:

„The inspection shall take place on the premises of the European Patent Office and, for such time as the file is with the central industrial property office of a Contracting State pursuant

Article 14

Une nouvelle règle 61^{bis} est insérée dans le règlement d'exécution, dont le texte est le suivant:

«Règle 61^{bis}

Documents présentés au cours de la procédure d'opposition

Les dispositions du chapitre II de la Troisième Partie du règlement d'exécution s'appliquent aux documents présentés au cours de la procédure d'opposition.»

Article 15

Une nouvelle règle 62^{bis} est insérée dans le règlement d'exécution, dont le texte est le suivant:

«Règle 62^{bis}

Nouveau certificat de brevet européen

Les dispositions de la règle 54 s'appliquent au nouveau fascicule du brevet européen.»

Article 16

Dans la version en langue allemande du règlement d'exécution, le texte figurant sous la lettre c) du paragraphe 1 de la règle 90 est remplacé par le texte suivant:

«im Fall des Todes oder der fehlenden Geschäftsfähigkeit des Vertreters des Anmelders oder Patentinhabers.»

Article 17

1. Le texte figurant sous la lettre f) du paragraphe 1 de la règle 92 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Les nom, prénoms et adresse ainsi que l'Etat du domicile ou siège du demandeur ou du titulaire du brevet européen;»

2. Le texte figurant sous la lettre h) du paragraphe 1 de la règle 92 du règlement d'exécution est complété par le texte suivant:

«en cas de pluralité de mandataires, seuls les nom, prénoms et adresse professionnelle du premier mandataire cité, suivis de la mention «et autres», sont inscrits au registre; toutefois, pour les groupements visés à la règle 101, paragraphe 9, seuls sont inscrites au registre leurs dénomination et adresse;»

Article 18

Le paragraphe 2 de la règle 94 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«L'inspection publique a lieu dans les locaux de l'Office européen des brevets et, aussi longtemps que le dossier est à la disposition du service central de la propriété industrielle d'un État

kommen bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines Vertragsstaats befindet, in den Dienstgebäuden der betreffenden Zentralbehörde gewährt. Auf Antrag wird die Einsicht in eine Kopie der Akten auch in den Dienstgebäuden der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz des Vertragsstaats gewährt, in dessen Hoheitsgebiet der Antragsteller seinen Wohnsitz oder Sitz hat."

Artikel 19

In die Ausführungsordnung wird eine neue Regel 95 a aufgenommen, die wie folgt lautet:

„Regel 95 a

Aufbewahrung von Akten

(1) Das Europäische Patentamt bewahrt die Akten der europäischen Patentanmeldungen und der europäischen Patente für eine Zeitdauer von mindestens fünf Jahren ab dem Ende des Jahres auf, in dem

- a) die Anmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen ist oder als zurückgenommen gilt oder
- b) das Patent im Einspruchsverfahren widerrufen worden ist oder
- c) die Geltungsdauer des Patents im letzten der benannten Staaten abgelaufen ist.

(2) Unbeschadet von Absatz 1 bewahrt das Europäische Patentamt die Akten der europäischen Patentanmeldungen, welche Gegenstand von Teilanmeldungen nach Artikel 76 oder einer neuen Anmeldung nach Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe b waren, zumindest ebensolange auf wie irgendeine der Akten einer der letztgenannten Anmeldungen. Das gleiche gilt für die Akten von Patenten, die auf Grund dieser Anmeldungen erteilt worden sind."

Artikel 20

1. Regel 101 Absatz 4 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Wird dem Europäischen Patentamt die Bestellung eines Vertreters mitgeteilt, so ist die Vollmacht für diesen Vertreter innerhalb von drei Monaten nach dieser Mitteilung einzureichen. Wird die Vollmacht nicht rechtzeitig eingereicht, so gelten die Handlungen des Vertreters mit Ausnahme der Einreichung einer europäischen Patentanmeldung als nicht erfolgt.“

2. Regel 101 der Ausführungsordnung wird durch einen neuen Absatz 9 ergänzt, der wie folgt lautet:

to an agreement concluded under the Protocol on Centralisation, on the premises of the latter office. However, on request, inspection of copies of the files shall take place on the premises of the central industrial property office of the Contracting State in whose territory the person making the request has his residence or principal place of business."

Article 19

The following new Rule 95 a shall be inserted in the Implementing Regulations:

"Rule 95 a

Keeping of files

(1) The European Patent Office shall keep files relating to European patent applications and European patents for at least five years from the end of the year in which:

- (a) the application is rejected or withdrawn or is deemed to be withdrawn;
- (b) the patent is revoked pursuant to opposition proceedings; or
- (c) the patent lapses in the last of the designated States.

(2) Without prejudice to paragraph 1, the European Patent Office shall keep files relating to European patent applications which have given rise to divisional applications under Article 76 or new applications under Article 61, paragraph 1 (b), for at least the same length of time as the files relating to any one of these last applications. The same shall apply to files relating to any resulting European patents."

Article 20

1. The following text shall be substituted for Rule 101, paragraph 4 of the Implementing Regulations:

"Where the appointment of a representative is communicated to the European Patent Office, the necessary authorisation shall be filed within three months after such communication. If such authorisation is not filed in due time, any procedural steps other than the filing of the European patent application taken by the representative shall be deemed not to have been taken."

2. The following new paragraph 9 shall be added to Rule 101 of the Implementing Regulations:

contractant en application d'un accord conclu dans le cadre du Protocole sur la centralisation, dans les locaux de ce dernier. Toutefois, sur requête, l'inspection publique de copies des dossiers a lieu dans les locaux du service central de la propriété industrielle de l'État contractant sur le territoire duquel le requérant a son domicile ou son siège."

Article 19

Une nouvelle règle 95^{bis} est insérée dans le règlement d'exécution, dont le texte est le suivant:

«Règle 95^{bis}

Conservation des dossiers

(1) L'Office européen des brevets conserve les dossiers de demandes de brevet européen et de brevets européens pendant cinq années au moins après l'expiration de l'année au cours de laquelle, selon le cas:

- a) la demande a été rejetée, retirée ou réputée retirée;
- b) le brevet a été révoqué à la suite d'une procédure d'opposition;
- c) le brevet est venu à expiration dans le dernier des États désignés.

(2) Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1, la durée de conservation par l'Office européen des brevets des dossiers relatifs aux demandes de brevet européen ayant donné lieu au dépôt de demandes divisionnaires au sens de l'article 76, ou à de nouvelles demandes au sens de l'article 61, paragraphe 1, lettre b), ne peut être inférieure à la durée de conservation du dossier correspondant à l'une quelconque de ces dernières. Cette disposition est également applicable aux dossiers de brevets auxquels les demandes ont pu donner lieu.»

Article 20

1. Le paragraphe 4 de la règle 101 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Lorsque l'Office européen des brevets est avisé de la constitution d'un mandataire, le pouvoir de ce mandataire doit être déposé auprès de l'Office dans un délai de trois mois à compter de cet avis. Si le pouvoir n'est pas déposé dans le délai, les actes accomplis par le mandataire, à l'exception du dépôt d'une demande de brevet européen, sont réputés nonavenus.»

2. La règle 101 du règlement d'exécution est complétée par un nouveau paragraphe 9 dont le texte est le suivant:

„(9) Die Bevollmächtigung eines Zusammenschlusses von Vertretern gilt als Bevollmächtigung für jeden Vertreter, der den Nachweis erbringt, daß er in diesem Zusammenschluß tätig ist.“

Artikel 21

Regel 102 Absatz 2 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Nach Ablauf der in Artikel 163 Absatz 1 genannten Übergangszeit wird die Eintragung des zugelassenen Vertreters unbeschadet der in Anwendung von Artikel 134 Absatz 8 Buchstabe c getroffenen Disziplinarmaßnahmen von Amts wegen nur gelöscht:

- a) im Fall des Todes oder der fehlenden Geschäftsfähigkeit des zugelassenen Vertreters;
- b) wenn der zugelassene Vertreter nicht mehr die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt, sofern er nicht während der Übergangszeit in die Liste eingetragen worden ist oder der Präsident des Europäischen Patentamts nicht eine Befreiung nach Artikel 134 Absatz 6 erteilt hat;
- c) wenn der zugelassene Vertreter seinen Geschäftssitz oder Arbeitsplatz nicht mehr in einem Vertragsstaat hat.“

Artikel 22

Regel 104 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Regel 104

Das Europäische Patentamt als Anmeldeamt

(1) Wird das Europäische Patentamt als Anmeldeamt nach dem Zusammenarbeitsvertrag tätig, so ist die internationale Anmeldung in deutscher, englischer oder französischer Sprache einzureichen. Die internationale Anmeldung ist in drei Stücken einzureichen. Das gleiche gilt für alle Unterlagen, die in der in Regel 3.3 a Ziffer ii der Ausführungsordnung zum Zusammenarbeitsvertrag vorgesehenen Kontrollliste genannt sind, mit Ausnahme der Gebührenquittung oder des Schecks für die Gebührenzahlung.

(2) Wird Absatz 1 Satz 2 nicht entprochen, so werden die fehlenden Stücke vom Europäischen Patentamt auf Kosten des Anmelders angefertigt.

(3) Wird eine internationale Anmeldung bei einer Behörde eines Vertragsstaats zur Weiterleitung an das Europäische Patentamt als Anmeldeamt eingereicht, so hat der Vertragsstaat dafür zu sorgen, daß die Anmel-

„(9) The authorisation of an association of representatives shall be deemed to be authorisation of any representative who can establish that he practises within that association.“

Article 21

The following text shall be substituted for Rule 102, paragraph 2 of the Implementing Regulations:

“After the expiry of the transitional period provided for in Article 163, paragraph 1, and without prejudice to any disciplinary measures taken under Article 134, paragraph 8 (c), the entry of any professional representative may be deleted automatically in the following cases only:

- (a) in the event of the death or legal incapacity of the professional representative;
- (b) in the event of the professional representative no longer being a national of one of the Contracting States, unless he was entered on the list during the transitional period or was granted exemption by the President of the European Patent Office in accordance with Article 134, paragraph 6;
- (c) in the event of the professional representative no longer having his place or business or employment within the territory of one of the Contracting States.“

Article 22

The following text shall be substituted for Rule 104 of the Implementing Regulations:

“Rule 104

The European Patent Office as a receiving Office

(1) When the European Patent Office acts as a receiving Office under the Co-operation Treaty, the international application shall be filed in English, French or German. It shall be filed in three copies; the same applies to any of the documents referred to in the check list provided for in Rule 3.3 (a) (ii) of the Regulations under the Co-operation Treaty except the receipt for the fees paid or the cheque for the payment of the fees.

(2) If the provisions of paragraph 1, second sentence, are not complied with, the missing copies shall be prepared by the European Patent Office at the expense of the applicant.

(3) If an international application is filed with an authority of a Contracting State for transmittal to the European Patent Office as the receiving Office, the Contracting State must ensure that the application reaches the

«(9) La désignation d'un groupement de mandataires est réputée conférer pouvoir d'agir à tout mandataire qui peut justifier qu'il exerce au sein du groupement.»

Article 21

Le paragraphe 2 de la règle 102 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Après l'expiration de la période transitoire prévue à l'article 163, paragraphe 1, et sans préjudice des mesures disciplinaires prises en application de l'article 134, paragraphe 8, lettre c), tout mandataire agréé ne peut être radié d'office que:

- a) en cas de décès ou d'incapacité;
- b) s'il ne possède plus la nationalité d'un État contractant, à moins qu'il n'ait été inscrit pendant la période transitoire, ou que le Président de l'Office européen des brevets n'ait accordé une dérogation en vertu de l'article 134, paragraphe 6;
- c) s'il n'a plus son domicile professionnel ou le lieu de son emploi sur le territoire de l'un des États contractants.»

Article 22

La règle 104 du règlement d'exécution est remplacée par le texte suivant:

«Règle 104

L'Office européen des brevets agissant en qualité d'Office récepteur

(1) Lorsque l'Office européen des brevets agit en qualité d'Office récepteur au sens du Traité de Coopération, la demande internationale est déposée en allemand, en anglais ou en français. Elle est déposée en trois exemplaires; il en est de même pour tout document mentionné dans le bordereau prévu à la règle 3.3 (a) (ii) du règlement d'exécution du Traité de Coopération, à l'exclusion du reçu pour les taxes payées ou du chèque destiné au paiement des taxes.

(2) S'il n'est pas satisfait aux dispositions du paragraphe 1, deuxième phrase, les exemplaires manquants sont préparés par l'Office européen des brevets aux frais du demandeur.

(3) Si une demande internationale est déposée auprès de l'administration d'un État contractant en vue de sa transmission à l'Office européen des brevets agissant en qualité d'Office récepteur, l'État contractant doit

derung beim Europäischen Patentamt spätestens zwei Wochen vor Ablauf des dreizehnten Monats nach ihrer Einreichung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen wird, nach dem Prioritätstag eingeht."

Artikel 23

In die Ausführungsordnung wird eine neue Regel 104 a aufgenommen, die wie folgt lautet:

„Regel 104 a

Das Europäische Patentamt als Internationale Recherchenbehörde oder als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

(1) Im Fall des Artikels 17 Absatz 3 Buchstabe a des Zusammenarbeitsvertrags ist für jede weitere Erfindung, für die eine internationale Recherche durchzuführen ist, eine zusätzliche Gebühr in Höhe der Recherchegebühr zu entrichten.

(2) Im Fall des Artikels 34 Absatz 3 Buchstabe a des Zusammenarbeitsvertrags ist für jede weitere Erfindung, für die eine internationale vorläufige Prüfung durchzuführen ist, eine zusätzliche Gebühr in Höhe der Gebühr für die vorläufige Prüfung zu entrichten."

Artikel 24

In die Ausführungsordnung wird eine neue Regel 104 b aufgenommen, die wie folgt lautet:

„Regel 104 b

Das Europäische Patentamt als Bestimmungsamt oder ausgewähltes Amt

(1) Die nationale Gebühr nach Artikel 158 Absatz 2, die Recherchengebühr nach Artikel 157 Absatz 2 Buchstabe b, die Benennungsgebühren nach Artikel 79 Absatz 2 und gegebenenfalls die Anspruchsgebühren nach Regel 31 des Übereinkommens sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Frist nach Artikel 22 Absätze 1 und 2 oder Artikel 39 Absatz 1 Buchstabe a des Zusammenarbeitsvertrags zu entrichten.

(2) Sind die in Regel 17 Absatz 1 des Übereinkommens vorgeschriebenen Angaben über den Erfinder bei Ablauf der Frist nach Artikel 22 Absätze 1 und 2 oder Artikel 39 Absatz 1 Buchstabe a des Zusammenarbeitsvertrags noch nicht mitgeteilt worden, so sind sie innerhalb einer vom Europäischen Patentamt zu bestimmenden Frist zu machen, die nicht kürzer als zwei Wochen sein und sechs Wochen nicht übersteigen darf.

(3) Ist nur für einen Teil der internationalen Anmeldung von der Inter-

European Patent Office not later than two weeks before the end of the thirteenth month after filing or, if priority is claimed, after the date of priority."

Article 23

The following new Rule 104 a shall be inserted in the Implementing Regulations:

"Rule 104 a

The European Patent Office as an International Searching Authority or International Preliminary Examining Authority

(1) In the case of Article 17, paragraph 3 (a), of the Co-operation Treaty, an additional fee equal to the amount of the search fee shall be payable for each further invention for which an international search is to be carried out.

(2) In the case of Article 34, paragraph 3 (a), of the Co-operation Treaty, an additional fee equal to the amount of the preliminary examination fee shall be payable for each further invention for which the international preliminary examination is to be carried out."

Article 24

The following new Rule 104 b shall be inserted in the Implementing Regulations:

"Rule 104 b

The European Patent Office as a designated or elected Office

(1) The national fee provided for in Article 158, paragraph 2, the search fee provided for in Article 157, paragraph 2 (b), the designation fees provided for in Article 79, paragraph 2, and, where applicable, the claims fee provided for in Rule 31 of this Convention shall be paid within one month after the expiry of the time limit laid down in Article 22, paragraphs 1 and 2, or Article 39, paragraph 1 (a), of the Co-operation Treaty, as the case may be.

(2) If the data concerning the inventor prescribed in Rule 17, paragraph 1, of this Convention are missing at the expiry of the time limit laid down in Article 22, paragraphs 1 and 2 or Article 39, paragraph 1 (a), of the Co-operation Treaty, these shall be furnished within a period to be fixed by the European Patent Office and which may not be shorter than two weeks and may not exceed six weeks.

(3) If only a part of the international application has been searched by the

prendre les dispositions utiles pour que la demande parvienne à l'Office européen des brevets au plus tard deux semaines avant l'expiration du treizième mois suivant son dépôt ou, si une priorité est revendiquée, suivant la date de priorité.»

Article 23

Une nouvelle règle 104^{bis} est insérée dans le règlement d'exécution, dont le texte est le suivant:

«Règle 104^{bis}

L'Office européen des brevets agissant en qualité d'administration chargée de la recherche internationale ou d'administration chargée de l'examen préliminaire international

(1) Dans le cas visé à l'article 17, paragraphe 3, lettre a) du Traité de Coopération, une taxe additionnelle égale au montant de la taxe de recherche est due pour chacune des autres inventions devant faire l'objet d'une recherche internationale.

(2) Dans le cas visé à l'article 34, paragraphe 3, lettre a) du Traité de Coopération, une taxe additionnelle égale au montant de la taxe d'examen préliminaire est due pour chacune des autres inventions devant faire l'objet d'un examen préliminaire international.»

Article 24

Une nouvelle règle 104^{ter} est insérée dans le règlement d'exécution, dont le texte est le suivant:

«Règle 104^{ter}

L'Office européen des brevets agissant en qualité d'office désigné ou élu

(1) La taxe nationale prévue à l'article 158, paragraphe 2, la taxe de recherche prévue à l'article 157, paragraphe 2, lettre b), les taxes de désignation prévues à l'article 79, paragraphe 2 et, le cas échéant, les taxes de revendication prévues à la règle 31 de la Convention sont acquittées dans le mois qui suit l'expiration du délai fixé à l'article 22, paragraphes 1 et 2, ou, selon le cas, à l'article 39, paragraphe 1, lettre a) du Traité de Coopération.

(2) Si à l'expiration du délai fixé à l'article 22, paragraphes 1 et 2, ou à l'article 39, paragraphe 1, lettre a) du Traité de Coopération, les renseignements concernant l'inventeur, prévus à la règle 17, paragraphe 1 de la Convention font défaut, ces renseignements sont fournis dans un délai imparti par l'Office européen des brevets, qui ne peut être inférieur à deux semaines ni supérieur à six semaines.

(3) Lorsqu'une partie seulement de la demande internationale a fait

nationalen Recherchenbehörde eine Recherche durchgeführt worden, weil diese Behörde der Auffassung war, daß die internationale Anmeldung nicht den Anforderungen an die Einheitlichkeit der Erfindung entspricht, und hat der Anmelder nicht alle zusätzlichen Gebühren nach Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe a des Zusammenarbeitsvertrags innerhalb der vorgeschriebenen Frist entrichtet, so prüft die Recherchenabteilung, ob die Anmeldung den Anforderungen an die Einheitlichkeit der Erfindung entspricht. Ist die Recherchenabteilung der Auffassung, daß dies nicht der Fall ist, so teilt sie dem Anmelder mit, daß für die Teile der internationalen Anmeldung, für die eine Recherche durchgeführt worden ist, ein europäischer Recherchenbericht erstellt werden kann, wenn für jede weitere Erfindung innerhalb einer von der Recherchenabteilung zu bestimmenden Frist, die nicht kürzer als zwei Wochen sein und sechs Wochen nicht übersteigen darf, eine Recherchegebühr entrichtet wird. Die Recherchenabteilung erstellt einen europäischen Recherchenbericht für die Teile der internationalen Anmeldung, die sich auf die Erfindungen beziehen, für die Recherchegebühren entrichtet worden sind.

(4) Regel 46 Absatz 2 ist auf die Mitteilung nach Absatz 3 entsprechend anzuwenden.

(5) Hat das Europäische Patentamt für eine internationale Anmeldung einen internationalen vorläufigen Prüfungsbericht erstellt, so wird die Prüfungsgebühr ermäßigt. Die Ermäßigung wird in der Gebührenordnung in Höhe eines Prozentsatzes der Gebühren festgelegt."

Artikel 25

1. Regel 106 Absatz 1 Buchstabe a der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„in den in Regel 102 Absatz 2 Buchstaben a und c genannten Fällen;“

2. Regel 106 der Ausführungsordnung wird durch einen neuen Absatz 2 a ergänzt, der wie folgt lautet:

„Die Löschung der Eintragung eines zugelassenen Vertreters infolge einer in Anwendung von Artikel 134 Absatz 8 Buchstabe c getroffenen Disziplinarmaßnahme wird vom Europäischen Patentamt von Amts wegen vorgenommen und der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz, die dem betreffenden Vertreter die in Artikel 163 Absatz 2 vorgesehene Bescheinigung erteilt hat, mitgeteilt.“

International Searching Authority because that Authority considered that the application did not comply with the requirement of unity of invention, and the applicant did not within the prescribed time limit pay all additional fees according to Article 17, paragraph 3 (a), of the Co-operation Treaty, the Search Division shall consider whether the application complies with the requirement of unity of invention. If the Search Division considers that this is not the case, it shall inform the applicant that a European search report can be obtained in respect of those parts of the international application which have not been searched if a search fee is paid for each invention involved within a period to be fixed by the Search Division and which may not be shorter than two weeks and may not exceed six weeks. The Search Division shall draw up a European search report for those parts of the international application which relate to inventions in respect of which search fees have been paid.

(4) Rule 46, paragraph 2, of this Convention shall apply mutatis mutandis to the communication referred to in paragraph 3.

(5) Where the European Patent Office has drawn up the international preliminary examination report in respect of an international application it shall allow the applicant a reduction in the examination fee. The reduction shall be fixed in the Rules relating to Fees at a percentage of the fee.

Article 25

1. The following text shall be substituted for Rule 106, paragraph 1 (a), of the Implementing Regulations:

„in the cases referred to in Rule 102, paragraph 2 (a) and (c);“

2. The following new paragraph 2 a shall be added to Rule 106 of the Implementing Regulations:

„Deletion of a professional representative pursuant to a disciplinary measure taken under Article 134, paragraph 8 (c), shall be effected automatically by the European Patent Office and communicated to the central industrial property office which furnished to the person concerned the certificate provided for in Article 163, paragraph 2.“

l'objet d'une recherche de la part de l'administration chargée de la recherche internationale, celle-ci ayant estimé que la demande ne satisfait pas à l'exigence d'unité d'invention et que le demandeur n'a pas payé dans les délais prescrits toutes les taxes additionnelles visées à l'article 17, paragraphe 3, lettre a) du Traité de Coopération, la division de la recherche examine si la demande satisfait à l'exigence d'unité d'invention. Dans la négative, elle informe le demandeur qu'il peut obtenir un rapport de recherche européenne pour les parties de la demande internationale n'ayant pas fait l'objet d'une recherche, en acquittant une taxe de recherche pour chaque invention concernée dans un délai qu'elle lui impartit et qui ne peut être inférieur à deux semaines ni supérieur à six semaines. La division de la recherche établit le rapport de recherche européenne pour les parties de la demande internationale qui se rapportent aux inventions pour lesquelles les taxes de recherche ont été acquittées.

(4) La règle 46, paragraphe 2, de la Convention est applicable à la communication visée au paragraphe 3.

(5) Une réduction de la taxe d'examen est accordée au demandeur lorsque l'Office européen des brevets a établi un rapport d'examen préliminaire international pour cette même demande. Cette réduction est fixée, à un pourcentage du montant de cette taxe, dans le règlement relatif aux taxes.»

Article 25

1. Le texte figurant sous la lettre a) du paragraphe 1 de la règle 106 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«dans les cas visés à la règle 102, paragraphe 2, lettres a) et c);»

2. La règle 106 du règlement d'exécution est complétée par un nouveau paragraphe 2^{bis} dont le texte est le suivant:

«La radiation d'un mandataire agréé, à la suite d'une mesure disciplinaire prise en application de l'article 134, paragraphe 8, lettre c), est effectuée d'office par l'Office européen des brevets et notifiée au service central de la propriété industrielle ayant délivré à l'intéressé l'attestation prévue à l'article 163, paragraphe 2.»

3. Regel 106 Absatz 4 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

„Eine Person, deren Eintragung gelöscht worden ist, wird auf ihren Antrag in die Liste der zugelassenen Vertreter wieder eingetragen, wenn sie, je nach Lage des Falls, eine Bescheinigung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz einreicht, aus der hervorgeht, daß die Gründe, die zur Rücknahme der in Absatz 1 genannten Bescheinigung geführt haben, entfallen sind, oder wenn die ihr gegenüber getroffene Disziplinarmaßnahme nicht mehr wirksam ist.“

Artikel 26

Der Präsident des Europäischen Patentamts übermittelt allen Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens sowie den Staaten, die diesem beitreten, eine beglaubigte Abschrift dieses Beschlusses.

Artikel 27

Dieser Beschluß tritt am 1. Februar 1978 in Kraft.

GESCHEHEN zu München am 20. Oktober 1977.

3. The following text shall be substituted for Rule 106, paragraph 4, of the Implementing Regulations:

“A person whose entry has been deleted shall, on request, be re-entered on the list of professional representatives if he supplies a certificate furnished by the central industrial property office stating that the conditions for the withdrawal of the certificate under paragraph 1 no longer exist, or if the disciplinary measure imposed upon him has ceased to be effective, as the case may be.”

Article 26

The President of the European Patent Office shall forward a certified copy of this Decision to all the signatory States to the Convention and to the States which accede thereto.

Article 27

This Decision shall enter into force on 1 February 1978.

DONE at Munich, 20 October 1977.

Im Namen des Verwaltungsrates
For the Administrative Council
Pour le Conseil d'administration

Der Präsident
The President
Le Président

Georges Vianès

3. Le paragraphe 4 de la règle 106 du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Toute personne radiée fait l'objet, sur sa requête, d'une nouvelle inscription sur la liste des mandataires agréés si, selon le cas, elle produit une attestation du service central de la propriété industrielle indiquant que les motifs qui ont conduit au retrait de l'attestation visée au paragraphe 1 n'existent plus, ou que la mesure disciplinaire dont elle a été frappée ne produit plus ses effets.»

Article 26

Le Président de l'Office européen des brevets communique à tous les États signataires de la Convention ainsi qu'aux États qui y adhèrent une copie certifiée conforme de la présente décision.

Article 27

La présente décision entre en vigueur le 1^{er} février 1978.

FAIT à Munich, le 20 octobre 1977.

Beschluß
des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation vom 24. Februar 1978
betreffend die Aufnahme einer neuen Regel 106 a
in die Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen

Decision
of the Administrative Council of the European Patent Organisation of 24 February 1978
concerning the inclusion of a new Rule 106 a
in the Implementing Regulations to the European Patent Convention

Décision
du Conseil d'administration de l'Organisation européenne des brevets
du 24 février 1978
relative à l'introduction d'une nouvelle règle 106^{bis}
dans le règlement d'exécution de la Convention sur le brevet européen

DER VERWALTUNGSRAT DER
EUROPAISCHEN PATENTORGANI-
SATION —

GESTUTZT auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b,

AUF VORSCHLAG DES PRÄSIDENTEN DES EUROPAISCHEN PATENTAMTS —

IN DER ERWÄGUNG, daß es des Präsidiums nach Regel 10 Absatz 2 der Ausführungsordnung zum Übereinkommen (nachstehend „Ausführungsordnung“ genannt) bereits nach Bildung einer Beschwerdekammer bedarf —

BESCHLIESST:

Article 1

In die Ausführungsordnung wird eine neue Regel 106 a aufgenommen, die wie folgt lautet:

„Regel 106 a
Präsidium für die
Beschwerdekammern
während einer Übergangszeit

Bis zur Ernennung des für die Beschwerdekammern zuständigen Vizepräsidenten und bis zur Bildung mehrerer Beschwerdekammern wird das in Regel 10 Absatz 2 genannte Präsidium wie folgt gebildet:

- a) Ist der für die Beschwerdekammern zuständige Vizepräsident noch nicht ernannt und nur eine Beschwerdekammer gebildet, so setzt sich das Präsidium zusammen aus dem Präsidenten des Europäischen Patentamts als Vorsitzendem, dem Vorsitzenden der bereits gebildeten Beschwerdekammer und

THE ADMINISTRATIVE COUNCIL
OF THE EUROPEAN PATENT OR-
GANISATION,

HAVING REGARD to the European Patent Convention (hereinafter referred to as “the Convention”), and in particular Article 33, paragraph 1 (b) thereof,

ON A PROPOSAL FROM THE PRESIDENT OF THE EUROPEAN PATENT OFFICE —

WHEREAS the authority provided for in Rule 10, paragraph 2, of the Implementing Regulations to the Convention (hereinafter referred to as “the Implementing Regulations”) must be set up as soon as one of the Boards of Appeal has been formed —

HAS DECIDED AS FOLLOWS:

Article 1

The following new Rule 106 a shall be included in the Implementing Regulations:

“Rule 106 a
Authority referred to
in Rule 10, paragraph 2,
during a transitional period

Until such time as the Vice-President responsible for appeals has been appointed and until more than one Board of Appeal has been set up, the authority referred to in Rule 10, paragraph 2, shall be established as follows:

- (a) Where the Vice-President responsible for appeals has not yet been appointed and only one Board of Appeal has been set up, the authority shall consist of the President of the European Patent Office, who shall act as Chairman, the Chairman of the Board of Appeal which has already been set

LE CONSEIL D'ADMINISTRATION
DE L'ORGANISATION EUROPÉENNE
DES BREVETS;

VU la Convention sur le brevet européen (appelée ci-après «la Convention»), et notamment son article 33, paragraphe 1, lettre b),

SUR PROPOSITION DU PRÉSIDENT DE L'OFFICE EUROPÉEN DES BREVETS,

CONSIDÉRANT que l'instance visée à la règle 10, paragraphe 2, du règlement d'exécution de la Convention (ci-après dénommé le règlement d'exécution) est nécessaire dès la formation d'une chambre de recours,

DÉCIDE:

Article premier

Une nouvelle règle 106^{bis} est introduite dans le règlement d'exécution. Son texte est le suivant:

«Règle 106^{bis}
Instance visée
à la règle 10, paragraphe 2,
pendant une période transitoire

Jusqu'à la nomination du Vice-Président chargé des instances de recours et à la constitution de plusieurs chambres de recours, l'instance prévue à la règle 10, paragraphe 2, est, selon le cas, instituée comme suit:

- a) Si le Vice-Président chargé des instances de recours n'a pas encore été nommé et qu'une seule chambre de recours a été constituée, l'instance précitée comprend le Président de l'Office européen des brevets, président, le président de la chambre de recours déjà constituée et trois autres membres

drei weiteren Mitgliedern der Beschwerdekammer, die von der Gesamtheit der Mitglieder der Beschwerdekammer für die Dauer des Geschäftsjahrs gewählt werden.

- b) Ist der für die Beschwerdekammern zuständige Vizepräsident noch nicht ernannt, so setzt sich das Präsidium zusammen aus dem Präsidenten des Europäischen Patentamts als Vorsitzendem, den Vorsitzenden der Beschwerdekammern und drei weiteren Mitgliedern der Beschwerdekammern, die von der Gesamtheit der Mitglieder der Beschwerdekammern für die Dauer des Geschäftsjahrs gewählt werden.
- c) Ist nur eine Beschwerdekammer gebildet, so setzt sich das Präsidium zusammen aus dem Präsidenten des Europäischen Patentamts als Vorsitzendem, dem für die Beschwerdekammern zuständigen Vizepräsidenten, dem Vorsitzenden der bereits gebildeten Beschwerdekammer und drei weiteren Mitgliedern der Beschwerdekammer, die von der Gesamtheit der Mitglieder der Beschwerdekammer für die Dauer des Geschäftsjahrs gewählt werden.
- d) In den in den Buchstaben a, b und c genannten Fällen ist zur Beschlußfähigkeit des Präsidiums die Anwesenheit von mindestens vier Mitgliedern erforderlich, unter denen sich der Präsident oder ein Vizepräsident des Europäischen Patentamts und ein Vorsitzender einer Beschwerdekammer befinden müssen."

Artikel 2

Der Präsident des Europäischen Patentamts übermittelt allen Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens sowie den Staaten, die diesem beitreten, eine beglaubigte Abschrift dieses Beschlusses.

Artikel 3

Dieser Beschluß tritt am 24. Februar 1978 in Kraft.

GESCHEHEN zu München am 24. Februar 1978.

up and three other members of the Board of Appeal elected by the full membership of the Board for the working year in question.

- (b) Where the Vice-President responsible for appeals has not yet been appointed, the authority shall consist of the President of the European Patent Office, who shall act as Chairman, the Chairmen of the Boards of Appeal and three other members of the Boards of Appeal elected by the full membership of the Boards for the working year in question.
- (c) Where only one Board of Appeal has been set up, the authority shall consist of the President of the European Patent Office, who shall act as Chairman, the Vice-President responsible for appeals, the Chairman of the Board of Appeal which has already been set up and three other members of the Board of Appeal elected by the full membership of the Board for the working year in question.
- (d) In all the cases referred to in subparagraphs (a), (b) and (c), this authority may only take a decision if at least four of its members are present; these must include the President or a Vice-President of the European Patent Office and a Chairman of a Board of Appeal."

Article 2

The President of the European Patent Office shall forward a certified copy of this Decision to all signatory States to the Convention and to the States which accede thereto.

Article 3

This Decision shall enter into force on 24 February 1978.

DONE at Munich, 24 February 1978.

de la chambre de recours élus par l'ensemble des membres de cette chambre de recours pour la durée de l'année d'activité.

- b) Si le Vice-Président chargé des instances de recours n'a pas encore été nommé, l'instance précitée comprend le Président de l'Office européen des brevets, président, les présidents des chambres de recours et trois autres membres des chambres de recours élus par l'ensemble des membres de ces chambres pour la durée de l'année d'activité.
- c) Si une seule chambre de recours a été constituée, l'instance précitée comprend le Président de l'Office européen des brevets, président, le Vice-Président chargé des instances de recours, le président de la chambre de recours déjà constituée et trois autres membres de ladite chambre de recours élus par l'ensemble de ses membres pour la durée de l'année d'activité.
- d) Pour que l'instance précitée puisse valablement délibérer, il faut, dans tous les cas visés sous les lettres a), b) et c), qu'au moins quatre de ses membres soient présents, parmi lesquels doivent se trouver le Président ou un Vice-Président de l'Office européen des brevets ainsi qu'un président de chambre de recours.»

Article 2

Le Président de l'Office européen des brevets communique à tous les États signataires de la Convention ainsi qu'aux États qui y adhèrent une copie certifiée conforme de la présente décision.

Article 3

La présente décision entre en vigueur le 24 février 1978.

FAIT à Munich, le 24 février 1978.

Für den Verwaltungsrat
For the Administrative Council
Par le Conseil d'administration

Der Präsident
The Chairman
Le Président

Georges Vianès

Beschluß
des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation vom 24. Februar 1978
betreffend die Änderung des französischen Textes der Regel 85 Absatz 1
der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen

Decision
of the Administrative Council of the European Patent Organisation of 24 February 1978
amending the French version of Rule 85, paragraph 1,
of the Implementing Regulations to the European Patent Convention

Décision
du Conseil d'administration de l'Organisation européenne des brevets
du 24 février 1978
relative à la modification du texte français de la règle 85, paragraphe 1,
du règlement d'exécution de la Convention sur le brevet européen

DER VERWALTUNGSRAT DER
EUROPAISCHEN PATENTORGANI-
SATION —

GESTUTZT auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b,

AUF VORSCHLAG DES PRÄSIDENTEN DES EUROPAISCHEN PATENTAMTS —

IN DER ERWÄGUNG, daß es bei Abweichung der Texte einer Regel in den drei Amtssprachen des Europäischen Patentamts im Hinblick auf Artikel 177 Absatz 1 des Übereinkommens erforderlich ist, die Ausführungsordnung zum Übereinkommen (nachstehend „Ausführungsordnung“ genannt) zu ändern —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Der französische Text der Regel 85 Absatz 1 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

«Si un délai expire soit un jour où l'Office européen des brevets n'est pas ouvert pour recevoir le dépôt des pièces, soit un jour où le courrier normal n'est pas distribué dans la localité où cet Office est situé, pour des raisons autres que celles indiquées au paragraphe 2, le délai est prorogé jusqu'au premier jour suivant où l'Office européen des brevets est ouvert pour recevoir ce dépôt et où le courrier normal est distribué.»

Artikel 2

Der Präsident des Europäischen Patentamts übermittelt allen Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens

THE ADMINISTRATIVE COUNCIL
OF THE EUROPEAN PATENT OR-
GANISATION,

HAVING REGARD to the European Patent Convention (hereinafter referred to as "the Convention"), and in particular Article 33, paragraph 1 (b) thereof,

HAVING REGARD to the proposal from the President of the European Patent Office,

WHEREAS in the event of divergences between the texts of a Rule in the three official languages of the European Patent Office it is necessary, in view of Article 177, paragraph 1, of the Convention, to amend the Implementing Regulations to the Convention (hereinafter referred to as "the Implementing Regulations"),

HAS ADOPTED THE FOLLOWING
DECISION:

Article 1

The French version of Rule 85, paragraph 1, of the Implementing Regulations shall read as follows:

«Si un délai expire soit un jour où l'Office européen des brevets n'est pas ouvert pour recevoir le dépôt des pièces, soit un jour où le courrier normal n'est pas distribué dans la localité où cet Office est situé, pour des raisons autres que celles indiquées au paragraphe 2, le délai est prorogé jusqu'au premier jour suivant où l'Office européen des brevets est ouvert pour recevoir ce dépôt et où le courrier normal est distribué.»

Article 2

The President of the European Patent Office shall forward to all signatory States to the Convention and

LE CONSEIL D'ADMINISTRATION
DE L'ORGANISATION EUROPÉENNE
DES BREVETS,

VU la Convention sur le brevet européen (appelée «Convention» dans ce qui suit), et notamment son article 33, paragraphe 1, lettre b),

SUR PROPOSITION DU PRÉSIDENT
DE L'OFFICE EUROPÉEN DES BRE-
VETS,

CONSIDÉRANT que, en cas de différence entre les textes d'une règle dans les trois langues officielles de l'Office européen des brevets, il est nécessaire, eu égard à l'article 177, paragraphe 1, de la Convention, de modifier le règlement d'exécution de la Convention (ci-après dénommé le règlement d'exécution).

DÉCIDE:

Article premier

Le texte français de la règle 85, paragraphe 1, du règlement d'exécution est remplacé par le texte suivant:

«Si un délai expire soit un jour où l'Office européen des brevets n'est pas ouvert pour recevoir le dépôt des pièces, soit un jour où le courrier normal n'est pas distribué dans la localité où cet Office est situé, pour des raisons autres que celles indiquées au paragraphe 2, le délai est prorogé jusqu'au premier jour suivant où l'Office européen des brevets est ouvert pour recevoir ce dépôt et où le courrier normal est distribué.»

Article 2

Le Président de l'Office européen des brevets communique à tous les États signataires de la Convention

sowie den Staaten, die diesem beitreten, eine beglaubigte Abschrift dieses Beschlusses.

Artikel 3

Dieser Beschluß tritt am Tag seiner Veröffentlichung im Amtsblatt des Europäischen Patentamts in Kraft.

States acceding to the Convention a certified true copy of this Decision.

Article 3

This Decision shall enter into force on the date of its publication in the Official Journal of the European Patent Office.

ainsi qu'aux États qui y adhèrent, une copie certifiée conforme de la présente décision.

Article 3

La présente décision entre en vigueur le jour de sa publication au Journal officiel de l'Office européen des brevets.

GESCHEHEN zu München am 24. Februar 1978.

DONE at Munich, 24 February 1978.

FAIT à Munich, le 24 février 1978.

Für den Verwaltungsrat
For the Administrative Council
Par le Conseil d'administration

Der Präsident
The Chairman
Le Président

Georges Vianès

Gebührenordnung

Rules relating to Fees

Règlement relatif aux taxes

DER VERWALTUNGSRAT DER
EUROPAISCHEN PATENTORGANI-
SATION —

GESTUTZT auf das Europäische
Patentübereinkommen, insbesondere
auf Artikel 33 Absatz 2 Buchstabe d —

GIBT SICH HIERMIT FOLGENDE
GEBÜHRENORDNUNG:

Artikel 1
Allgemeines

Nach den Vorschriften dieser
Gebührenordnung werden erhoben:

- a) die gemäß dem Übereinkommen
und seiner Ausführungsordnung an
das Europäische Patentamt (nach-
stehend „Amt“ genannt) zu ent-
richtenden Gebühren sowie die
Gebühren und Auslagen, die der
Präsident des Amtes auf Grund des
Artikels 3 Absatz 1 festsetzt;
- b) die Gebühren und Auslagen nach
dem Vertrag über die internatio-
nale Zusammenarbeit auf dem
Gebiet des Patentwesens (PCT),
deren Höhe vom Amt festgesetzt
werden kann.

Artikel 2
**Im Übereinkommen
und seiner Ausführungsordnung
vorgesehene Gebühren**

Die nach Artikel 1 an das Amt zu
entrichtenden Gebühren werden wie
folgt festgesetzt:

	DM
1. Anmeldegebühr (Artikel 78 Absatz 2 des Überein- kommens)	450
2. Recherchegebühr	
— für eine europäische Recherche oder eine ergänzende europäi- sche Recherche (Ar- tikel 78 Absatz 2, Regel 46 Absatz 1 und Regel 104 b Ab- satz 3, sowie Artikel 157 Absatz 2 Buch- stabe b des Überein- kommens)	1 450
— für eine internatio- nale Recherche (Re- gel 16.1 PCT und Re- gel 104 a Absatz 1 des Übereinkommens)	1 700

THE ADMINISTRATIVE COUNCIL
OF THE EUROPEAN PATENT OR-
GANISATION,

HAVING REGARD to the European
Patent Convention and in particular
Article 33, paragraph 2 (d), thereof,

HAS ADOPTED THE FOLLOWING
RULES RELATING TO FEES:

Article 1
General

The following shall be levied in ac-
cordance with the provisions con-
tained in these Rules:

- (a) fees due to be paid to the Euro-
pean Patent Office (hereinafter
referred to as the Office) as pro-
vided for in the Convention and in
the Implementing Regulations and
the fees and costs which the Presi-
dent of the Office lays down pur-
suant to Article 3, paragraph 1;
- (b) fees and costs pursuant to the
Patent Co-operation Treaty (herein-
after referred to as the PCT), the
amounts of which may be fixed by
the Office.

Article 2
**Fees provided
for in the Convention and in the
Implementing Regulations**

The fees due to be paid to the
Office under Article 1 shall be as
follows:

	DM
1. Filing fee (Article 78, paragraph 2, of the Con- vention)	450
2. Search fee in respect of	
— a European or supple- mentary European search (Article 78, paragraph 2, Rule 46, paragraph 1, Rule 104 b, paragraph 3, and Article 157, para- graph 2 (b), of the Convention)	1 450
— an international search (Rule 16.1, PCT and Rule 104 a, paragraph 1, of the Convention)	1 700

LE CONSEIL D'ADMINISTRATION
DE L'ORGANISATION EUROPÉENNE
DES BREVETS,

VU la Convention sur le brevet
européen et notamment son article 33,
paragraphe 2, lettre d),

ARRÊTE LE RÈGLEMENT RELATIF
AUX TAXES SUIVANT:

Article premier
Disposition générale

Sont perçues conformément aux dis-
positions du présent règlement:

- a) les taxes à payer à l'Office euro-
péen des brevets, ci-après
dénommé l'Office, en vertu de la
Convention et de son règlement
d'exécution, ainsi que les taxes et
frais que le Président de l'Office
fixe en vertu de l'article 3, para-
graphe 1,
- b) les taxes et frais au titre du Traité
de Coopération en matière de bre-
vets (PCT) dont l'Office peut fixer
le montant.

Article 2
**Taxes prévues
dans la Convention
et dans son règlement d'exécution**

Les taxes à payer à l'Office en vertu
de l'article 1 sont fixées comme suit:

	DM
1. Taxe de dépôt (article 78, paragraphe 2 de la Convention)	450
2. Taxe de recherche	
— par recherche euro- péenne ou recherche européenne complé- mentaire (article 78 paragraphe 2, règle 46 paragraphe 1 et règle 104 ^{ter} para- graphe 3 et article 157, paragraphe 2, lettre b) de la Convention)	1 450
— par recherche inter- nationale (règle 16, paragraphe 1 du PCT et règle 104 ^{bis} , para- graphe 1 de la Convention)	1 700

<p>3. Benennungsgebühr für jeden benannten Vertragsstaat (Artikel 79 Absatz 2 des Übereinkommens)</p>	<p>225</p>	<p>3. Designation fee for each Contracting State designated (Article 79, paragraph 2, of the Convention)</p>	<p>225</p>	<p>3. Taxe de désignation pour chaque État contractant désigné (article 79, paragraphe 2 de la Convention)</p>	<p>225</p>
<p>4. Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung (Artikel 86 Absatz 1 des Übereinkommens)</p>		<p>4. Renewal fees for European patent applications (Article 86, paragraph 1, of the Convention)</p>		<p>4. Taxes annuelles pour la demande de brevet européen (article 86, paragraphe 1 de la Convention)</p>	
<p>— für das 3. Jahr, gerechnet vom Anmeldetag an</p>	<p>330</p>	<p>— for the 3rd year, calculated from the date of filing of the application</p>	<p>330</p>	<p>— pour la troisième année calculée à compter du jour du dépôt de la demande</p>	<p>330</p>
<p>— für das 4. Jahr, gerechnet vom Anmeldetag an</p>	<p>440</p>	<p>— for the 4th year, calculated from the date of filing of the application</p>	<p>440</p>	<p>— pour la quatrième année calculée à compter du jour du dépôt de la demande</p>	<p>440</p>
<p>— für das 5. Jahr, gerechnet vom Anmeldetag an</p>	<p>550</p>	<p>— for the 5th year, calculated from the date of filing of the application</p>	<p>550</p>	<p>— pour la cinquième année calculée à compter du jour du dépôt de la demande</p>	<p>550</p>
<p>— für das 6. Jahr, gerechnet vom Anmeldetag an</p>	<p>675</p>	<p>— for the 6th year, calculated from the date of filing of the application</p>	<p>675</p>	<p>— pour la sixième année calculée à compter du jour du dépôt de la demande</p>	<p>675</p>
<p>— für das 7. Jahr, gerechnet vom Anmeldetag an</p>	<p>800</p>	<p>— for the 7th year, calculated from the date of filing of the application</p>	<p>800</p>	<p>— pour la septième année calculée à compter du jour du dépôt de la demande</p>	<p>800</p>
<p>— für das 8. Jahr, gerechnet vom Anmeldetag an</p>	<p>975</p>	<p>— for the 8th year, calculated from the date of filing of the application</p>	<p>975</p>	<p>— pour la huitième année calculée à compter du jour du dépôt de la demande</p>	<p>975</p>
<p>— für das 9. Jahr, gerechnet vom Anmeldetag an</p>	<p>1 150</p>	<p>— for the 9th year, calculated from the date of filing of the application</p>	<p>1 150</p>	<p>— pour la neuvième année calculée à compter du jour du dépôt de la demande</p>	<p>1 150</p>
<p>— für das 10. Jahr und jedes weitere Jahr, gerechnet vom Anmeldetag an</p>	<p>1 400</p>	<p>— for the 10th and each subsequent year, calculated from the date of filing of the application</p>	<p>1 400</p>	<p>— pour la dixième année et chacune des années suivantes calculées à compter du jour du dépôt de la demande</p>	<p>1 400</p>
<p>5. Zuschlagsgebühr für die verspätete Zahlung einer Jahresgebühr für die europäische Patentanmeldung (Artikel 86 Absatz 2 des Übereinkommens)</p>	<p>10 % der verspätet gezahlten Jahresgebühr</p>	<p>5. Additional fee for belated payment of a renewal fee for the European patent application (Article 86, paragraph 2, of the Convention)</p>	<p>10 % of the belated renewal fee</p>	<p>5. Surtaxe pour retard de paiement d'une taxe annuelle pour une demande de brevet européen (article 86, paragraphe 2 de la Convention)</p>	<p>10 % de la taxe annuelle payée en retard</p>
<p>6. Prüfungsgebühr (Artikel 94 Absatz 2 des Übereinkommens)</p>	<p>1 725</p>	<p>6. Examination fee (Article 94, paragraph 2, of the Convention)</p>	<p>1 725</p>	<p>6. Taxe d'examen (article 94, paragraphe 2 de la Convention)</p>	<p>1 725</p>
<p>7. Erteilungsgebühr (Artikel 97 Absatz 2 Buchstabe b des Übereinkommens)</p>	<p>330</p>	<p>7. Fee for grant (Article 97, paragraph 2 (b), of the Convention)</p>	<p>330</p>	<p>7. Taxe de délivrance du brevet (article 97, paragraphe 2, lettre b) de la Convention)</p>	<p>330</p>
<p>8. Druckkostengebühr für die europäische Patentschrift (Artikel 97 Absatz 2 Buchstabe b des Übereinkommens): Für jede Seite der Anmeldung in der für die Veröffentlichung bestimmten Form</p>	<p>wird später festgelegt</p>	<p>8. Fee for printing the European patent specification (Article 97, paragraph 2 (b), of the Convention) for each page of the application in the form in which it is to be printed</p>	<p>To be determined later</p>	<p>8. Taxe d'impression du fascicule de brevet européen (article 97, paragraphe 2, lettre b) de la Convention) pour chaque page de la demande dans la forme dans laquelle elle sera imprimée</p>	<p>A fixer ultérieurement</p>

	DM		DM		DM
9. Druckkostengebühr für eine neue europäische Patentschrift (Artikel 102 Absatz 3 Buchstabe b des Übereinkommens) — Pauschalgebühr		9. Fee for printing a new specification of the European patent (Article 102, paragraph 3 (b), of the Convention) — flat-rate fee		9. Taxe d'impression d'un nouveau fascicule de brevet européen (article 102, paragraphe 3, lettre b) de la Convention) — taxe forfaitaire	
	wird später festgelegt		To be determined later		A fixer ultérieurement
10. Einspruchsgebühr (Artikel 99 Absatz 1 und Artikel 105 Absatz 2 des Übereinkommens)	450	10. Opposition fee (Article 99, paragraph 1, and Article 105, paragraph 2, of the Convention)	450	10. Taxe d'opposition (article 99, paragraphe 1 et article 105, paragraphe 2 de la Convention)	450
11. Beschwerdegebühr (Artikel 108 des Übereinkommens)	550	11. Fee for appeal (Article 108 of the Convention)	550	11. Taxe de recours (article 108 de la Convention)	550
12. Weiterbehandlungsgebühr (Artikel 121 Absatz 2 des Übereinkommens)	100	12. Fee for further processing (Article 121, paragraph 2, of the Convention)	100	12. Taxe de poursuite de la procédure (article 121, paragraphe 2 de la Convention)	100
13. Wiedereinsetzungsgebühr (Artikel 122 Absatz 3 des Übereinkommens)	100	13. Fee for re-establishment of rights (Article 122, paragraph 3, of the Convention)	100	13. Taxe de restitutio in integrum (article 122, paragraphe 3 de la Convention)	100
14. Umwandlungsgebühr (Artikel 136 Absatz 1 und Artikel 140 des Übereinkommens)	50	14. Conversion fee (Article 136, paragraph 1, and Article 140 of the Convention)	50	14. Taxe de transformation (article 136, paragraphe 1 et article 140 de la Convention)	50
15. Anspruchsgebühr für den elften und jeden weiteren Patentanspruch (Regel 31 Absätze 1 und 2)	50	15. Claims fee for the eleventh and each subsequent claim (Rule 31, paragraphs 1 and 2)	50	15. Taxe pour chaque revendication à partir de la onzième (règle 31, paragraphes 1 et 2)	50
16. Kostenfestsetzungsgebühr (Regel 63 Absatz 3)	50	16. Fee for the awarding of costs (Rule 63, paragraph 3)	50	16. Taxe de fixation des frais (règle 63, paragraphe 3)	50
17. Beweissicherungsgebühr (Regel 75 Absatz 3)	50	17. Fee for the conservation of evidence (Rule 75, paragraph 3)	50	17. Taxe de conservation de la preuve (règle 75, paragraphe 3)	50
18. Übermittlungsgebühr für eine internationale Anmeldung (Artikel 152 Absatz 3 des Übereinkommens)	150	18. Transmittal fee for an international application (Article 152, paragraph 3, of the Convention)	150	18. Taxe de transmission pour une demande internationale de brevet (article 152, paragraphe 3 de la Convention)	150
19. Nationale Gebühr für eine internationale Anmeldung (Artikel 158 Absatz 2 und Regel 104 b Absatz 1 des Übereinkommens)	450	19. National fee for an international application (Article 158, paragraph 2, and Rule 104 b, paragraph 1, of the Convention)	450	19. Taxe nationale pour une demande internationale (article 158, paragraphe 2 et règle 104 ^{ter} , paragraphe 1 de la Convention)	450
20. Gebühr für die vorläufige Prüfung einer internationalen Anmeldung (Regel 58 PCT)	1 000	20. Fee for the preliminary examination of an international application (Rule 58, PCT)	1 000	20. Taxe d'examen préliminaire d'une demande internationale (règle 58 du PCT)	1 000

Artikel 3

Vom Präsidenten des Amts festgesetzte Gebühren, Auslagen und Verkaufspreise

(1) Der Präsident des Amts setzt die in der Ausführungsordnung genannten Verwaltungsgebühren und, soweit erforderlich, die Gebühren und Auslagen für andere als in Artikel 2 genannte Amtshandlungen des Amts fest.

Article 3

Fees, costs and prices laid down by the President of the Office

(1) The President of the Office shall lay down the amount of the administrative fees provided for in the Implementing Regulations and where appropriate, the amount of the fees and costs for any services rendered by the Office other than those specified in Article 2.

Article 3

Taxes, frais et tarifs fixés par le Président de l'Office

(1) Le Président de l'Office fixe le montant des taxes d'administration prévues dans le règlement d'exécution ainsi que le montant des taxes et frais à payer pour toute prestation de service assurée par l'Office, autre que celles visées à l'article 2.

(2) Der Präsident des Amtes setzt ferner die Verkaufspreise der in den Artikeln 93, 98, 103 und 129 des Übereinkommens genannten Veröffentlichungen fest.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 festgesetzten Gebühren und Auslagen sowie Verkaufspreise werden im Amtsblatt des Europäischen Patentamts veröffentlicht.

Artikel 4 Fälligkeit der Gebühren

(1) Gebühren, deren Fälligkeit sich nicht aus den Vorschriften des Übereinkommens oder des PCT oder der dazugehörigen Ausführungsordnungen ergibt, werden mit dem Eingang des Antrags auf Vornahme der gebührenpflichtigen Amtshandlung fällig.

(2) Der Präsident des Amtes kann davon absehen, Amtshandlungen im Sinn des Absatzes 1 von der vorherigen Zahlung der entsprechenden Gebühr abhängig zu machen.

Artikel 5 Entrichtung der Gebühren

(1) Vorbehaltlich Artikel 6 sind die an das Amt zu zahlenden Gebühren in Deutscher Mark oder einer frei in Deutsche Mark konvertierbaren Währung zu entrichten:

- a) durch Einzahlung oder Überweisung auf ein Bankkonto des Amtes,
- b) durch Einzahlung oder Überweisung auf ein Postscheckkonto des Amtes,
- c) durch Postanweisung,
- d) durch Übergabe oder Übersendung von Schecks, die auf ein Bankinstitut in der Bundesrepublik Deutschland oder in den Niederlanden gezogen sind und an die Order des Amtes lauten, oder
- e) durch Barzahlung.

(2) Der Präsident des Amtes kann zulassen, daß die Gebühren auf andere Art als in Absatz 1 vorgesehen entrichtet werden, insbesondere durch Gebührenmarken oder mit Hilfe laufender Konten beim Amt.

Artikel 6 Währungen

(1) Einzahlungen oder Überweisungen auf ein Bankkonto oder ein Postscheckkonto nach Maßgabe des Artikels 5 Absatz 1 Buchstaben a und b haben in der Währung des Staats zu erfolgen, in dem dieses Konto geführt wird.

(2) Zahlungen nach Maßgabe des Artikels 5 Absatz 1 Buchstabe d haben in Deutscher Mark oder in Holländischen Gulden zu erfolgen.

(3) Zahlungen nach Maßgabe des Artikels 5 Absatz 1 Buchstaben c und e

(2) He shall also lay down the prices of the publications referred to in Articles 93, 98, 103 and 129 of the Convention.

(3) The amount of the fees, costs and prices referred to in paragraphs 1 and 2 shall be published in the Official Journal of the European Patent Office.

Article 4 Due date for fees

(1) Fees in respect of which the due date is not specified in the provisions of the Convention or of the PCT or of the Implementing Regulations thereto shall be due on the date of receipt of the request for the service incurring the fee concerned.

(2) The President of the Office may decide not to make services within the meaning of paragraph 1 dependent upon the advance payment of the corresponding fee.

Article 5 Payment of fees

(1) Subject to the provisions of Article 6, the fees due to the Office shall be paid in Deutsche Mark or in a currency freely convertible into Deutsche Mark:

- (a) by payment or transfer to a bank account held by the Office,
- (b) by payment or transfer to a Giro account held by the Office,
- (c) by money order,
- (d) by delivery or remittance of cheques which are drawn on a banking establishment in the Federal Republic of Germany or the Netherlands and which are made payable to the Office,
- (e) by cash payment.

(2) The President of the Office may allow other methods of paying fees than those set out in paragraph 1, in particular by means of fees vouchers or deposit accounts held with the European Patent Office.

Article 6 Currencies

(1) Payments or transfers to a bank account or a Giro account in accordance with Article 5, paragraph 1 (a) and (b), shall be made in the currency of the State in which that account is held.

(2) Payments in accordance with Article 5, paragraph 1 (d), shall be made in Deutsche Mark or Dutch guilders.

(3) Payments in accordance with Article 5, paragraph 1 (c) and (e), shall

(2) Il fixe également les tarifs de vente des publications visées aux articles 93, 98, 103 et 129 de la Convention.

(3) Il publie au Journal officiel de l'Office européen des brevets le montant des taxes et des frais ainsi que les tarifs de vente fixés conformément aux paragraphes 1 et 2.

Article 4 Exigibilité des taxes

(1) Les taxes dont la date d'exigibilité ne découle pas des dispositions de la Convention, du PCT et de leurs règlements d'exécution sont exigibles à compter du dépôt de la demande d'exécution de la prestation de service assujettie à une taxe.

(2) Le Président de l'Office peut ne pas soumettre la prestation de service visée au paragraphe 1 au paiement préalable de la taxe y afférente.

Article 5 Paiement des taxes

(1) Sous réserve des dispositions de l'article 6, les taxes à payer à l'Office doivent être acquittées en Deutsche Mark ou en monnaie librement convertible en Deutsche Mark:

- a) par versement ou virement à un compte bancaire de l'Office,
- b) par versement ou virement à un compte de chèques postaux de l'Office,
- c) par mandat postal,
- d) par remise ou envoi de chèques tirés sur un établissement bancaire de la République fédérale d'Allemagne ou des Pays-Bas et établis à l'ordre de l'Office, ou
- e) par paiement en espèces.

(2) Le Président de l'Office peut autoriser le paiement des taxes par d'autres moyens que ceux prévus au paragraphe 1, notamment par timbres fiscaux et par comptes courants ouverts auprès de l'Office.

Article 6 Monnaies

(1) Les versements ou les virements à un compte bancaire ou à un compte de chèques postaux, visés à l'article 5, paragraphe 1, lettres a) et b) doivent se faire dans la monnaie de l'Etat où ce compte est ouvert.

(2) Les paiements visés à l'article 5, paragraphe 1, lettre d) doivent se faire en Deutsche Mark ou en florins.

(3) Les paiements visés à l'article 5, paragraphe 1, lettres c) et e) doivent

haben in Deutscher Mark zu erfolgen oder, wenn sie an die Zweigstelle in Den Haag oder eine nach Artikel 7 des Übereinkommens geschaffene Dienststelle, die zur Entgegennahme von Zahlungen befugt ist, geleistet werden, in der Währung des Staats, in dem sich diese Stelle befindet.

(4) Für Zahlungen an das Amt in anderen Währungen als in Deutscher Mark setzt der Präsident des Amtes gegebenenfalls nach Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses den Gegenwert der nach dieser Gebührenordnung in Deutscher Mark angesetzten Gebühren in diesen anderen Währungen fest. Dabei stellt er sicher, daß sich Währungskursschwankungen nicht zuungunsten des Amtes auswirken. Die so bestimmten Beträge werden im Amtsblatt des Europäischen Patentamts veröffentlicht. Die neuen Beträge sind für alle Zahlungen verbindlich, die zehn Tage nach dieser Veröffentlichung fällig werden; der Präsident des Amtes kann jedoch diese Frist verkürzen.

Artikel 7

Angaben über die Zahlung

(1) Jede Zahlung muß den Einzahler bezeichnen und die notwendigen Angaben enthalten, die es dem Amt ermöglichen, den Zweck der Zahlung ohne weiteres zu erkennen.

(2) Ist der Zweck der Zahlung nicht ohne weiteres erkennbar, so fordert das Amt den Einzahler auf, innerhalb einer vom Amt zu bestimmenden Frist diesen Zweck schriftlich mitzuteilen. Kommt der Einzahler der Aufforderung nicht rechtzeitig nach, so gilt die Zahlung als nicht erfolgt.

Artikel 8

Maßgebender Zahlungstag

(1) Als Tag des Eingangs einer Zahlung beim Amt gilt:

- a) im Fall des Artikels 5 Absatz 1 Buchstabe a und b der Tag, an dem der eingezahlte oder überwiesene Betrag auf einem Bank- oder Postscheckkonto des Amtes gutgeschrieben wird;
- b) im Fall des Artikels 5 Absatz 1 Buchstaben c und e der Tag des Eingangs des Betrags der Postanweisung oder der Einzahlung des Bargeldbetrags oder der Tag, an dem der Betrag der Postanweisung auf einem Postscheckkonto des Amtes gutgeschrieben wird;
- c) im Fall des Artikels 5 Absatz 1 Buchstabe d der Tag, an dem der

be made in Deutsche Mark or where they are made to the branch at The Hague or any sub-office set up pursuant to Article 7 of the Convention which is empowered to receive payments, in the currency of the State in which such branch or sub-office is located.

(4) For payments to the Office made in currencies other than Deutsche Mark, the President of the Office shall, after consulting the Budget and Finance Committee if appropriate, lay down the equivalents in such other currencies of the fees in Deutsche Mark payable pursuant to these Rules. In doing so, he shall ensure that fluctuations in monetary rates of exchange are not prejudicial to the Office. The amounts determined in this way shall be published in the Official Journal of the European Patent Office. Revised amounts shall be binding on all payments for fees which are due ten days or more after such publication; the President of the Office may, however, shorten this period.

Article 7

Particulars concerning payments

(1) Every payment must indicate the name of the person making the payment and must contain the necessary particulars to enable the Office to establish immediately the purpose of the payment.

(2) If the purpose of the payment cannot immediately be established, the Office shall require the person making the payment to notify it in writing of this purpose within such period as it may specify. If he does not comply with this request in due time the payment shall be considered not to have been made.

Article 8

Date to be considered as the date on which payment is made

(1) The date on which any payment shall be considered to have been made to the Office shall be as follows:

- (a) in the cases referred to in Article 5, paragraph 1 (a) and (b): the date on which the amount of the payment or of the transfer is entered in a bank account or a Giro account held by the Office;
- (b) in the cases referred to in Article 5, paragraph 1 (c) and (e): the date of receipt of the amount of the money order or of the cash payment or the date on which the amount of the money order is entered in a Giro account held by the Office;
- (c) in the case referred to in Article 5, paragraph 1 (d): the date of

se faire en Deutsche Mark ou, s'ils sont adressés au département de La Haye ou à une agence créée en vertu de l'article 7 de la Convention et habilitée à recevoir des paiements dans la monnaie de l'État où le département ou cette agence sont situés.

(4) Pour les paiements destinés à l'Office effectués dans des monnaies autres que le Deutsche Mark, le Président de l'Office fixe, éventuellement après consultation de la Commission du budget et des finances, la contre-valeur des taxes prévues dans le présent règlement que le Deutsche Mark a dans ces autres monnaies. Ce faisant, le Président de l'Office s'assure que les variations des taux de change ne doivent pas porter préjudice à l'Office. Les montants ainsi déterminés sont publiés au Journal officiel de l'Office européen des brevets. Les nouveaux montants sont applicables à tous les paiements exigibles dix jours après cette publication; le Président de l'Office peut toutefois réduire ce délai.

Article 7

Données concernant le paiement

(1) Tout paiement doit comporter l'indication du nom de la personne qui l'effectue ainsi que les données nécessaires pour permettre à l'Office d'identifier facilement l'objet du paiement.

(2) Si l'objet du paiement n'est pas facilement identifiable, l'Office invite, dans un délai qu'il détermine, la personne qui a effectué le paiement, à communiquer cet objet par écrit. Si elle ne donne pas suite à cette invitation en temps utile, le paiement est considéré comme nul et non avenu.

Article 8

Date à laquelle le paiement est réputé effectué

(1) La date à laquelle tout paiement est réputé effectué auprès de l'Office est fixée comme suit:

- a) dans les cas visés à l'article 5, paragraphe 1, lettres a) et b): date à laquelle le montant du versement ou du virement est porté au crédit d'un compte bancaire ou d'un compte de chèques postaux de l'Office;
- b) dans les cas visés à l'article 5, paragraphe 1, lettres c) et e): date de l'encaissement du montant du mandat postal ou des espèces ou date à laquelle le montant du mandat postal est porté au crédit d'un compte de chèques postaux de l'Office;
- c) dans le cas visé à l'article 5, paragraphe 1, lettre d): date de récep-

Scheck beim Amt eingeht, sofern dieser Scheck eingelöst wird.

(2) Läßt der Präsident des Amts gemäß Artikel 5 Absatz 2 zu, daß die Gebühren auf andere Art als in Artikel 5 Absatz 1 vorgesehen entrichtet werden, so bestimmt er auch den Tag, an dem diese Zahlung als eingegangen gilt.

(3) Gilt eine Gebührenzahlung gemäß den Absätzen 1 und 2 erst nach Ablauf der Frist als eingegangen, innerhalb der sie hätte erfolgen müssen, so gilt diese Frist als eingehalten, wenn dem Amt nachgewiesen wird, daß der Einzahler spätestens zehn Tage vor Ablauf der genannten Frist in einem Vertragsstaat:

- a) die Zahlung des Betrags bei einem Bankinstitut oder Postamt veranlaßt hat oder
- b) einen Auftrag zur Überweisung des zu entrichtenden Betrags einem Bankinstitut oder Postscheckamt formgerecht erteilt hat oder
- c) dem Postamt einen an das Amt gerichteten Brief übergeben hat, in dem ein dem Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d entsprechender Scheck enthalten ist, sofern dieser Scheck eingelöst wird.

Das Amt kann den Einzahler auffordern, innerhalb einer vom Amt zu bestimmenden Frist diesen Nachweis zu erbringen. Kommt der Einzahler dieser Aufforderung nicht nach oder ist der Nachweis ungenügend, so gilt die Zahlungsfrist als versäumt.

Artikel 9

Nicht ausreichender Gebührenbetrag

(1) Eine Zahlungsfrist gilt grundsätzlich nur dann als eingehalten, wenn der volle Gebührenbetrag rechtzeitig gezahlt worden ist. Ist nicht die volle Gebühr entrichtet worden, so wird der gezahlte Betrag nach dem Fristablauf zurückerstattet. Das Amt kann jedoch, soweit die laufende Frist es erlaubt, dem Einzahler die Gelegenheit geben, den fehlenden Betrag nachzuzahlen. Es kann ferner, wenn dies der Billigkeit entspricht, geringfügige Fehlbeiträge der zu entrichtenden Gebühr ohne Rechtsnachteil für den Einzahler unberücksichtigt lassen.

(2) Wurden im Antrag auf Erteilung des europäischen Patents mehr als ein Vertragsstaat gemäß Artikel 79

receipt of the cheque at the Office, provided that the cheque is met.

(2) Where the President of the Office allows, in accordance with the provisions of Article 5, paragraph 2, other methods of paying fees than those set out in Article 5, paragraph 1, he shall also lay down the date on which such payments shall be considered to have been made.

(3) Where, under the provisions of paragraphs 1 and 2, payment of a fee is not considered to have been made until after the expiry of the period in which it should have been made, it shall be considered that this period has been observed if evidence is provided to the Office that the person who made the payment fulfilled one of the following conditions in a Contracting State not later than ten days before the expiry of such period:

- (a) he effected the payment through a banking establishment or a post office;
- (b) he duly gave an order to a banking establishment or a post office to transfer the amount of the payment;
- (c) he dispatched at a post office a letter bearing the address of the Office and containing a cheque within the meaning of Article 5, paragraph 1 (d), provided that the cheque is met.

The Office may request the person who made the payment to produce such evidence within such period as it may specify. If he fails to comply with this request or if the evidence is insufficient, the period for payment shall be considered not to have been observed.

Article 9

Insufficiency of the amount paid

(1) A time limit for payment shall in principle be deemed to have been observed only if the full amount of the fee has been paid in due time. If the fee is not paid in full, the amount which has been paid shall be refunded after the period for payment has expired. The Office may, however, insofar as this is possible within the time remaining before the end of the period, give the person making the payment the opportunity to pay the amount lacking. It may also, where this is considered justified, overlook any small amounts lacking without prejudice to the rights of the person making the payment.

(2) Where the request for grant of a European patent designates more than one Contracting State in accordance

tion du chèque par l'Office sous réserve de l'encaissement de ce chèque.

(2) Lorsque le Président de l'Office autorise, conformément aux dispositions de l'article 5, paragraphe 2, le paiement des taxes par d'autres moyens que ceux prévus au paragraphe 1 dudit article, il fixe également la date à laquelle ce paiement est réputé effectué.

(3) Lorsque, en vertu des dispositions des paragraphes 1 et 2, le paiement d'une taxe n'est réputé effectué qu'après l'expiration du délai dans lequel il aurait dû intervenir, ce délai est considéré comme respecté si la preuve est apportée à l'Office que la personne qui a effectué le paiement dans un État contractant a rempli au plus tard dix jours avant l'expiration dudit délai l'une des conditions ci-après:

- a) avoir effectué le paiement auprès d'un établissement bancaire ou d'un bureau de poste;
- b) avoir donné un ordre de virement, en bonne et due forme, du montant du paiement à un établissement bancaire ou à un bureau de chèques postaux;
- c) avoir déposé dans un bureau de poste une lettre portant l'adresse du siège de l'Office et contenant un chèque visé à l'article 5, paragraphe 1, lettre d), sous réserve de l'encaissement de ce chèque.

L'Office peut inviter, dans le délai qu'il détermine, la personne qui a effectué le paiement, à apporter cette preuve. S'il n'est pas donné suite à cette invitation ou si la preuve apportée n'est pas suffisante, le délai de paiement est considéré comme n'ayant pas été respecté.

Article 9

Paiement insuffisant du montant de la taxe

(1) Un délai de paiement n'est, en principe, considéré comme respecté, que si la totalité du montant de la taxe a été payée dans le délai prévu. Si la totalité de la taxe n'a pas été payée, le montant déjà versé est remboursé après expiration du délai. Toutefois, l'Office peut, pour autant que le délai en cours le permette, donner à la personne qui a effectué le paiement la possibilité de verser ultérieurement le complément. En outre, si cela paraît justifié, l'Office peut ne pas tenir compte des parties minimales non encore payées de la taxe, sans qu'il en résulte pour autant une perte de droits pour la personne qui a effectué le paiement.

(2) Si, dans la requête en délivrance du brevet européen, il est désigné plus d'un État contractant au sens de

Absatz 1 des Übereinkommens benannt und reicht der gezahlte Betrag nicht für alle Benennungsgebühren aus, so wird er entsprechend den Angaben verwendet, die der Anmelder bei der Zahlung macht. Hat er bei der Zahlung keine solchen Angaben gemacht, so gelten diese Gebühren nur für so viele Benennungen als entrichtet, als der gezahlte Betrag entsprechend der Reihenfolge, in der die Vertragsstaaten benannt sind, ausreicht.

Artikel 10

Rückerstattung der Gebühren für den europäischen Recherchenbericht

(1) Wird der europäische Recherchenbericht auf einen früheren Recherchenbericht gestützt, den das Amt bereits für eine Patentanmeldung erstellt hat, deren Priorität für die europäische Patentanmeldung beansprucht wird oder die eine frühere Anmeldung im Sinn des Artikels 76 des Übereinkommens oder der Regel 15 der Ausführungsordnung zum Übereinkommen darstellt, so ist die Recherchegebühr ganz oder teilweise zurückzuerstatten.

(2) Die Recherchegebühr kann ganz oder teilweise zurückerstattet werden, wenn der europäische Recherchenbericht auf einen internationalen Recherchenbericht gestützt wird, den das Amt oder eine andere internationale Recherchenbehörde nach Maßgabe des PCT erstellt hat.

(3) Eine Rückerstattung nach Absatz 1 oder 2 beläuft sich auf 25, 50, 75 oder 100 % der Recherchegebühr, je nachdem, in welchem Umfang sich das Amt auf den früheren Recherchenbericht oder auf den internationalen Recherchenbericht stützen kann.

(4) Die Recherchegebühr wird in voller Höhe zurückerstattet, wenn der europäische Recherchenbericht eine Teilanmeldung betrifft und sich voll und ganz auf einen früheren Recherchenbericht über die frühere Anmeldung stützt.

(5) Die Recherchegebühr wird in voller Höhe zurückerstattet, wenn die europäische Patentanmeldung zu einem Zeitpunkt zurückgenommen oder zurückgewiesen wird oder als zurückgenommen gilt, in dem das Amt mit der Erstellung des europäischen Recherchenberichts noch nicht begonnen hat.

Artikel 11

Beschwerdefähige Kostenfestsetzungsentscheidungen

Entscheidungen über die Festsetzung des Betrags der Kosten des Einspruchsverfahrens sind gemäß Artikel

with Article 79, paragraph 1, of the Convention, and the amount paid is insufficient to cover all the designation fees, the amount paid shall be applied according to the specifications made by the applicant at the time of payment. If the applicant makes no such specifications at the time of payment, these fees shall be deemed to be paid only for as many designations as are covered by the amount paid and in the order in which the Contracting States are designated in the request.

Article 10

Refund of the fee for the European search report

(1) The search fee shall be refunded fully or in part if the European search report is based on an earlier search report already prepared by the Office on an application whose priority is claimed for the European patent application within the meaning of Article 76 of the Convention or the original application within the meaning of Rule 15 of the Implementing Regulations thereto.

(2) The search fee may be refunded fully or in part if the European search report is based on an international search report prepared under the provisions of the PCT by the European Patent Office or by any other International Searching Authority.

(3) The amount of any refund allowed under paragraph 1 or 2 shall be 25, 50, 75 or 100 per cent of the search fee, depending upon the extent to which the Office benefits from the earlier search report or the international search report.

(4) The search fee shall be fully refunded if the European search report relates to a European divisional application and is based entirely on an earlier search report on the earlier application.

(5) The search fee shall be fully refunded if the European patent application is withdrawn or refused or deemed to be withdrawn at a time when the Office has not yet begun to draw up the European search report.

Article 11

Decisions fixing costs which are subject to appeal

In accordance with Article 106, paragraph 5, of the Convention, decisions fixing the amount of costs of

l'article 79, paragraphe 1 de la Convention, et si le montant payé ne suffit pas à couvrir toutes les taxes de désignation, ce montant est utilisé conformément aux indications données par le demandeur lors du paiement. Si le demandeur n'a pas donné d'indication lors du paiement, ces taxes ne sont considérées comme acquittées que pour le nombre de désignations pour lequel le montant payé est suffisant, et ce dans l'ordre où les États contractants sont désignés dans la requête.

Article 10

Remboursement de la taxe prescrite pour le rapport de recherche européenne

(1) La taxe de recherche est remboursée en tout ou en partie si le rapport de recherche européenne est basé sur un rapport de recherche antérieure déjà établi par l'Office pour une demande de brevet dont la priorité est revendiquée pour la demande de brevet européen ou qui constitue la demande initiale au sens de l'article 76 de la Convention ou de la règle 15 du règlement d'exécution.

(2) La taxe de recherche peut être remboursée en tout ou en partie si le rapport de recherche européenne est basé sur un rapport de recherche internationale établi, en vertu des dispositions du Traité de Coopération, par l'Office ou toute autre administration chargée de la recherche internationale.

(3) Le montant de tout remboursement autorisé au titre des paragraphes 1 et 2 est de 25, 50, 75 ou 100 % de la taxe de recherche selon le profit que l'Office peut tirer du rapport de recherche antérieure ou du rapport de recherche internationale.

(4) La taxe de recherche est remboursée intégralement si le rapport de recherche européenne porte sur une demande divisionnaire de brevet européen et se fonde entièrement sur un rapport de recherche antérieure portant sur la demande initiale.

(5) La taxe de recherche doit être remboursée intégralement si la demande de brevet européen est retirée ou rejetée ou si elle est réputée retirée avant que l'Office n'ait commencé à établir le rapport de recherche européenne.

Article 11

Décisions susceptibles de recours en matière de fixation des frais

Les décisions relatives à la fixation des frais de la procédure d'opposition sont susceptibles de recours confor-

106 Absatz 5 des Übereinkommens beschwerdefähig, wenn der Betrag die Beschwerdegebühr übersteigt.

Artikel 12
Gebührenermäßigung

(1) Die in Regel 6 Absatz 3 des Übereinkommens vorgesehene Ermäßigung beträgt 20 % der Anmeldegebühr, der Prüfungsgebühr, der Einspruchsgebühr und der Beschwerdegebühr.

(2) Die in Regel 104 b Absatz 5 des Übereinkommens vorgesehene Ermäßigung beträgt 50 % der Prüfungsgebühr.

Artikel 13
Übergangsvorschrift

Die Vorschriften der Absätze 1 und 3 des Artikels 10 gelten auch, wenn sich das Amt auf einen Recherchenbericht stützen kann, den das Internationale Patentinstitut in Den Haag für eine Patentanmeldung erstellt hat, deren Priorität für die europäische Patentanmeldung beansprucht wird.

Artikel 14
Übermittlung der Abschrift

Der Präsident des Europäischen Patentamts übermittelt allen Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens sowie den Staaten, die diesem beitreten, eine beglaubigte Abschrift dieser Gebührenordnung.

Artikel 15
Inkrafttreten

Diese Gebührenordnung tritt am 20. Oktober 1977 in Kraft.

GESCHEHEN zu München am 20. Oktober 1977.

opposition proceedings may be appealed if the amount is in excess of the fee for appeal.

Article 12
Reduction of fees

(1) The reduction laid down in Rule 6, paragraph 3, of the Convention shall be 20 per cent of the filing fee, opposition fee and fee for appeal.

(2) The reduction laid down in Rule 104 b, paragraph 5, of the Convention shall be 50 per cent of the examination fee.

Article 13
Transitional provision

The provisions of Article 10, paragraphs 1 and 3, shall also apply if the Office is able to base itself on a search report prepared by the International Patent Institute at The Hague on an application whose priority is claimed for the European patent application.

Article 14
Notification

The President of the European Patent Office shall forward a certified copy of these Rules to all the signatory States to the Convention and to the States which accede thereto.

Article 15
Entry into force

These Rules shall enter into force on 20 October 1977.

DONE at Munich, 20 October 1977.

Für den Verwaltungsrat
For the Administrative Council
Pour le Conseil d'administration

Der Präsident
The Chairman
Le Président

Georges Vianès

mément à l'article 106, paragraphe 5 de la Convention si le montant des frais dépasse le montant de la taxe de recours.

Article 12
Réduction du montant des taxes

(1) La réduction prévue à la règle 6, paragraphe 3 de la Convention s'élève à 20 % de la taxe de dépôt, de la taxe d'examen, de la taxe d'opposition et de la taxe de recours.

(2) La réduction prévue à la règle 104^{ter}, paragraphe 5 de la Convention s'élève à 50 % de la taxe d'examen.

Article 13
Disposition transitoire

Les dispositions de l'article 10, paragraphes 1 et 3, sont également applicables si l'Office peut utiliser un rapport de recherche que l'Institut International des Brevets de La Haye a établi pour une demande de brevet dont la priorité est revendiquée pour la demande de brevet européen.

Article 14
Communication

Le Président de l'Office européen des brevets communique à tous les États signataires de la Convention ainsi qu'aux États qui y adhèrent une copie certifiée conforme du présent règlement.

Article 15
Entrée en vigueur

Le présent règlement entre en vigueur le 20 octobre 1977.

FAIT à Munich, le 20 octobre 1977.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,10 DM (3,60 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1977 — Format DIN A 4 —

Die Neuauflage 1977 weist in Verbindung mit der Auflage 1975 folgende Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen nach:

- a) die im Bundesgesetzblatt Teil III enthaltenen,
- b) die nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und Teil II sowie im Bundesanzeiger verkündeten,

soweit sie noch gültig sind.

Nachtrag zum Fundstellennachweis A

Abgeschlossen am 30. Juni 1978 — Format DIN A 4 — Umfang 16 Seiten

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1977 — Format DIN A 4 —

Der Fundstellennachweis B

enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die — soweit ersichtlich — noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. Einzelstücke der Fundstellennachweise A und B können zum Preise von je 22,50 DM zuzüglich 2,— DM Porto und Verpackungsspesen, Einzelstücke des Nachtrags zum Preise von 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Porto und Verpackung) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399-509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist die MwSt. enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.